

Die "Börsenwacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gravenstr. 6/8, und durch Postkarte zu bestellen. Preis vierzehnthalig M.R. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M.R. 2.50, frei ins Haus M.R. 2.00, wo keine Post am Tage. M.R. 2.00.

Gesephor
Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Postleitzahl 1206
für die einzelnen Kolonien
oder deren Raum 20 Pf.
Kaufmännische Dienste 40 Pf.
Gewerbe unter 1000 Pf.
Gewerbe für Kleinbetriebe 15 Pf.
Kaufmännische 25 Pf.
Gewerbe-Gesamtkosten 15 Pf.
Unter 1000 Pf. für die einzelnen Raum
räumen bis Vermietung oder in der
Expedition abgegeben werden.

Gesephor
Expedition 1206.

Nr. 88.

Breslau, Donnerstag, den 16. April 1914.

25. Jahrgang.

Was kann zur Hebung der Wohnungsnot geschehen?

Die behördlichen Wohnungsbauten in Budapest.

Die letzten Sitzungen der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung waren angefüllt mit Debatten über den Wohnungsmangel, die Not des Haussitzers, das völlige Darunterliegen der Baumaßnahmen in Breslau und die schweren wirtschaftlichen Folgen, welche diese Verhältnisse auf das ganze Land ausüben. Über kurz oder lang müssen diese Mittel der Hilfe werden als unwirksam verworfen, in Vorschlag gebrachte größere wurden ignoriert und trotz der Drohung eines bekannten Grundstückseigentümers: „Sie werden hundertmal so große Mittel aufwenden müssen!“ läumt man tatenlos dem kommenden Unheil entgegen. Inzwischen sind die letzten Mieter aus den Straßenzügen der neuen Eisenbahnlinie vertrieben, die Erweiterung des Oberpräsidiums in der Albrechtstraße bringt die Aufhebung vieler Kleinwohnungen mit sich und vergeblich schaut man sich um, wo denn für Erfolg von Wohnungen dieser Art gesorgt wird. Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtparlaments hat durch den Mund ihres Stadtvorstandes Wieder schon lange auf die drohende Gefahr hingewiesen und Abhilfemittel der verschiedensten Art in Vorschlag gebracht. Sie hat nicht nur dem städtischen Pfandleihamt ihre Zustimmung gegeben, sondern auch die Ausdehnung dieses Instituts auf zweite Hypotheken beantragt; sie hat nicht nur der vorübergehenden Herabsetzung der Umsatzsteuer zugestimmt, sondern auch dem Magistratsantrag betreffend Unterstützung des Baues von Kleinwohnungen. Darüber hinaus regte sie den Eigenbau von Kleinwohnungen, vielleicht nach dem System des Erdbauwesens und die Unterstützung von Genossenschaften an. Darüber heißt es nun in der „Breslauer Zeitung“ vom letzten Sonntag:

Von der Wirkung solcher kleinen Hilfsmitteln aber, wie sie sich in den sozialdemokratischen Plänen aus der vorletzten Stadtverordneten-Versammlung und dem in deren letzter Sitzung mit Recht u. Fall gebrachten Dringlichkeitsantrage des Magistrats darstellen, vermögen wir uns allerdings gar nichts zu versprechen. Außer Auffassung können uns weder die sozialdemokratischen Drohungen eines Absturzes ergeben bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen zu verwerten, noch auch die Zusage einer einzelner liberaler Parteifreunde mir machen, die aus Mißverständnis und irrtümlicher Bewertung der bauernreformistischen Ideen und, weil sie auf so ungemein viele Zweige des ganzen gewerblichen Lebens übergreifenden wirtschaftlichen Zusammenhänge der Baumaßnahmen wohl nicht vollkommen zu übersehen vermögen, uns bei einer „einheitsigen“ Stellungnahme für die Dreiinteressenten und Wohnungsproduzenten zu erapzen vermögen.“

Werkvördig, wie die „Breslauer Zeitung“ von „kleinen hilfsmittelchen“ sprechen kann, die die Sozialdemokratie beantragt habe, wo wir doch den Antrag auf Heraufsetzung der Umsatzsteuer stellten, dem sie selbst zustimmt; wo wir für die Gewährung erster und zweiter Hypotheken eintraten, was gerade von liberaler Seite als notwendig und wirksam anerkannt wurde. Das aber auch die weitergehenden Pläne der Sozialdemokratie, wirksam und finanziell möglich sind, das wird gerade jetzt in einem Bericht der „Sozialen Praxis“ nachgewiesen, den der sozialpolitische Sachreferent der Stadt Budapest, Dr. Emrich Ferenczi, über die behördliche Wohnungsbauaktion seiner Heimatgemeinde erstattet. Wir lassen einige seiner Ausführungen, die auch für hiesige Verhältnisse Interesse haben, nachstehend folgen.

Zu Budapest wurden in den Jahren 1909–1913 auf Grund zweier im Jahre 1908 geschaffener Gesetze vom ungarischen Staate und der Budapester Stadtbehörde insgesamt rund 10.000 billige und gesunde Kleinwohnungen erbaut und vermietet. Es ist dies die großartigste Wohnungsversorgung in eigener Regie der Behörden, die je in einer so kurzen Frist zur Linderung der Wohnungsnot irgendwo unternommen wurde. Wir haben es hier vom allgemeinen Gesichtspunkt aus mit einer Art der Gemeindebetriebe zu tun, die ins Leben gerufen werden, um wucherische Auswüchse der Privatkapitalherrschaft zu unterdrücken.

Infolge einer wirtschaftlichen Depression und sozial-politischer Unruhen bewegte sich die Baumaßnahmen in Budapest 1901–1909 in den engsten Grenzen, sodass die Zahl der leeren Wohnungen, die noch am Anfang dieser Periode nahezu 3 v. H. betrug, in den nächsten Jahren sich fast um 0,2 v. H. bewegte. Die Wohnungsmiten, namentlich der Kleinwohnungen, wurden — nach amtlichen Nachweise — bis zu einer in Europa unvergleichlichen Höhe hinuntergeschraubt, und parallel hiermit erreichte auch die Wohnungsversorgung durchsetzte Dimensionen. Das Privatunternehmen zog sich von der Herstellung der Ein- und Zweizimmerwohnungen zurück, während die Vermietung der bestehenden Kleinwohnungen die höchstmöglichen Rendite in Wohnungsmärkte umwandeln, nicht ohne eine gewisse Wissensbasis zu erlangen, die Mietverluste zu begrenzen. Die Arbeitsmarkt-

wurden oft zu diesem Zweck en masse wucherischen „Hauptmieter“ in Pacht gegeben, die nun eine wahre Erpressungskraft gegen die an das Ende ihrer Geduld gelangte Arbeiterschaft durchzuführen trachteten. Ende 1909 entstanden Mieterstreit und Mieterrevolutionen; notorisch böse Häuser — mit etwa 2000 Wohnungen — wurden während der Jahre 1909–1911 unter Vorhalt gesetzt, und es wurden nicht nur die Mietserhöhungen auf diesem Wege verhindert, sondern in vielen Häusern selbst Mietnachlässe, oft im Betrage von Zehntausenden von Kronen, erwirkten.

Die selben von sämtlichen staatlichen und kommunalen Auslagen bestreiten behördlichen Bauaktionen bewegten sich vom Standpunkte der systematischen Wohnungsreform auf grundverschiedenen Richtungen. Der unmittelbar an die Gemarkung der Hauptstadt anstoßenden ist a. l. i. c. n. Arbeitersiedlung „Kispal“ gebührt das Verdienst, wieder einmal bewiesen zu haben, dass die Wohnungsverhältnisse einer durch städtebauliche Grundlagen in der Entwicklung gehörigen Großstadt am gründlichsten behoben werden können, wenn die Bauaktion auf einem von der historischen Entwicklung noch nicht verfehlten Boden nach den Prinzipien der modernen Gartenstädte ausschließlich gemäß den Interessen der zukünftigen Bewohner — im Betracht des Kleinwohnungshauses und der möglichst ausgedehnten Freiflächen — vor sich geht.

Das in der kurzen Zeit von 1908–1913 aus den Sondertypen der ungarischen Eisenbahn herodizierten staatliche Kolonie erhielt derzeit schon 3535 Familien Platz. Die aus 2–12 Wohnungen bestehenden Häuser sind nach 42 unterschiedlichen Baustypen geschaffen erbaut; die zwei- und Dreizimmerwohnungen sind alle mit einem Gastron mit 50–60 Quadratmetern versehen. Der Mietpreis der Wohnungen wurde, gemäß den Intentionen der Gesetzgebung, mit 4 v. H. des in dem Bodenwertes, Kaufosten und der modernen Ausstattung der Häuser angelegten Kapitals festgesetzt. Demgemäß wird für die aus zwei Zimmern, Küche und Nebenküchen bestehenden Wohnungen samt Wasserkostengabe 220–260 H., für die Dreizimmerwohnungen 330 H. Mietpreis berechnet.

Die Bauaktion der Hauptstadt musste sich auf das politische Städtebild beschränken, wo die Kommune über außerordentlich ausgebreteten Grundbesitz verfügt. Der alte unbebaute Grundbesitz der Stadt — 15½ Millionen Quadratmeter im Jahre 1912 — der in den Jahren 1910–1913 mit nahezu 2 Millionen Quadratmetern im Kaufpreis von 33 Millionen Kronen vermehrt wurde, war eine der wichtigsten Voraussetzungen der Bauaktion. In den Jahren 1909–1913 wurden drei Gruppen des vom Bürgermeister Dr. Stephan Borczy zur Annahme gebrachten, 68 Millionen Kronen betragenden großen Wohnungsbauprogramms ausgeführt.

Es wurden erstens 24 drei- und vierstöckige Mietshäuser darunter 4 in besserer Ausstattung für Beamte — erbaut mit 16,7 Millionen Kronen gerechneten Baukosten. Da diese Häuser infolge der überreichen unerbaute städtischen Grundlagen trotz Steuerfreiheit; Vorteilen der Errichtung im Großbetrieb und ökonomischer Ausstattung, noch immer zu teure Wohnungen boten, um eine rein familiäre Wohnweise für die breiten Schichten der Budapester Arbeitervölker zu ermöglichen, wurden gleichzeitig 16 Kleinwohnungssiedlungen mit überwiegend eingeschossigen Kleinhäusern sehr leichter barackenähnlicher Bauart in allen Teilen der Stadt bei einem Bauaufwand von 9,08 Millionen Kronen errichtet. Hier brauchte der Bodenpreis entweder deshalb nicht ganz in Rechnung gestellt zu werden, weil die Häuser transportabel sind, d. h. im Bedarfsfall sofort verlegt werden können, oder aber so weit brauchen liegen, dass der Boden während der Zeit des Bestands dieser Häuser in Aussicht genommen zwanzig Jahre hervorzu nur einen landwirtschaftlichen Ertragswert hervorbringt. Nebst diesen in größerer Anzahl erbauten Häusern wurde berücksichtigt ein modernes Werkstatthaus mit Werkstattwohnungen und eine Künstlersiedlung mit Atelierwohnungen errichtet.

In sämtlichen Kleinwohnungshäusern der Hauptstadt sind geschaffen:

	Wohnungen mit	1	2	3	4	zusammen
		Sämmern				
in 20 Kleinwohnungshäusern	935	532	165	1	1636	
in 4 Beamtenwohnhäusern	7	158	117	36	313	
in 1 Werkstättenheim	4	15	1	—	61	
in 1 Künstlersiedlung	9	9	1	8	27	
in 16 Kleinwohnungssiedlungen	2678	101	—	—	2779	
Zusammen	3874	810	287	45	4916	

Wenn wir zu diesen 4916 Wohnungen das Vollshotel, das Volkshaus, die Notwohnungen und die in der gleichen Periode freigewordenen Privatwohnungen hinzurechnen, so würden durch die unmittelbare Baumaßnahmen der Gemeinde insgesamt 6550 Wohnungen, d. h. nahezu ein Viertel der gesamten Wohnungsproduktion in dem Raum 1909–1913 in der Hauptstadt dem Wohnungsmarkt zugeführt. Wenn die vom Standpunkt der Wohnungspolitik unter gleichen Gesichtspunkten fallende Kispes-Gebildung auch in Betracht gezogen wird, so hat die aktuelle direkte der Behörden in den genannten Jahren mit rund 10.000 Wohnungen, nahezu einem Drittel des gesamten Wohnungsproduktion, das Wohnungsmangelholz erfüllt.

Die Wohnungen der Hauptverwaltung sind in hohem Maße viel besser ausgestattet, als die der Privathäuser; trotzdem sind sie bedeutend billiger. Die Mieten der staatlichen Kleinwohnungssiedlungen sind laut Gesetz ausschließlich Fabrikarbeiter, und zwar hatten in erster Linie die Arbeiter der Staatsbetriebe den Vortzug, die noch verbliebenen Wohnungen (zwei Fünftel) wurden an private Fabrikarbeiter vermietet. Die Mieten werden von den Fabrikunternehmungen von den Löhnern wöchentlich abgezogen. Die Zahl der derzeitigen Bevölkerung der Umgegend beträgt rund 18.000 Seelen. Die 22.481 Seelen betragende Bevölkerung der hauptstädtischen Mietwohnungen (in den Kolonien 14.144, in den Mietshäusern 8337) trägt keinen so gleichartigen Charakter. Auf den Kleinwohnungssiedlungen gehören 81,5 v. H. der Mieter dem gewerblichen Arbeiterstande, dem gewerblichen Hilfspersonal und sonstigen niederen Beamten und Personalien an.

Eine gewisse Bevölkerung der kinderreichen Familien ergibt sich aus folgender, die Zahl der unter 14 Jahre alten Kinder betreffender Feststellung: auf den Kolonien hatten 17,9 v. H. der Mieter ein Kind, 19,9 v. H. zwei Kinder, 28,7 v. H. drei bis vier, 12,6 v. H. fünf und mehr (bis zu 15 Kinder). In den Stockwerkhäusern betragen die entsprechenden Bevölkerungszahlen 21,5, 18,5, 17, 4,6 v. H. Die Haltung von Eltern und Kindern ist strengstens verboten, doch wurde in 8,7 v. H. der Kolonie- und 4,7 v. H. der Stockwerkhäusern das Halten von Kindern verboten.

Es braucht wohl nach dem Gesagten keinen weiteren Beweises, dass die Mieter mit ihren Wohnungen außerordentlich zufrieden sind. In Kispes gibt es nur wenige Fälle, falls der Arbeiter seine Arbeitsstelle verlässt, oft kehrt er aber zu seiner früheren Arbeitsstelle zurück, nur um um die Wohnung zurückzuhalten. Mietausfall kann es keinen geben, da die Mietbeträge abgezogen werden. In den 5500 Mietwohnungen der Hauptstadt standen im Jahre 1913 nur in rund 500 Fällen Umzüge statt; zurzeit sind, wo die Aktion infolge der Kreditnot zu einem unvorstellbaren Stillstand kam, noch immer 5100 Bewohner vorgekehrt. Es ist für die geradezu staunenswerte Blütllichkeit, mit der die Mieter entrichten werden, bezeichnet, dass die Hauptstadt im Jahre 1913 nur in 13 Fällen wegen Mietrückständen kündigen musste. Als ausichtslose Mietzuländer mussten in diesem Jahre in den Stockwerkhäusern 0,2 v. H. und bei den Kolonien 0,02 v. H. der Mietzuländer gestrichen werden.

Die Ergebnisse der behördlichen Bauaktion sind im allgemeinen außerordentlich günstig und geeignet, die dünnen Prognosierungen, die man ihr gewöhnlich entgegenbringt, vollkommen zu zerstreuen.

Direkte finanzielle Opfer hat die Baumaßnahmen des Staates und der Hauptstadt bisher nicht erfordert. Die staatliche Arbeiterkolonie wurde auf Grund von 4 v. H. Kreditobligationen erbaut. Die Mieten wurden zwar nach auf Grund von 4 v. H. des angelegten Kapitals festgestellt, doch der Wertzuwachs des hohen Adelolandes übersteigt bei weitem den Ausfall der Selbstkosten, selbst wenn die vom Staat erfassten unmittelbaren Betriebs- und Wohlfahrtszwecke nicht in Betracht gezogen werden.

Es ist hier nicht der Ort, alle Einzelheiten der Finanzierung und Ausgestaltung der städtischen und staatlichen Arbeiterkolonien zu besprechen. Dazu reicht leider der Raum nicht aus. Wir müssen Interessenten auf den Originaltarif der „Sozialen Praxis“ verweisen, während die Stadtverwaltungen sich mit dem Bürgermeisteramt der Stadt Budapest selbst in Beziehung setzen müssten. Wie notwendig dies gerade in Schlesien ist, das ergeben auch die Jahresberichte der preußischen Gewerberäte, in denen diese Verhältnisse besprochen werden. Auch diese preußischen Beamten kamen zu dem Resultat:

In Breslau herrscht offensichtlicher Mangel an Kleinwohnungen. Die Arbeiter haben infolgedessen nur eine sehr geringe Auswahl und müssen meist die Wohnung nehmen, die gerade leer steht, unbekümmert um ihren baulichen und hygienischen Zustand. Dazu werden durch hohe Mieten manche Ausgaben, Schlafgänger zu halten oder Teile der Wohnung weiterzutrennen. Dazu hat auch die gemeindliche Tätigkeit von Baugenossenschaften nur wenig Wandel geschafft, wenn gleich einige von ihnen, besonders die im Vorort Brocken befindende, einige Erleichterungen, namentlich auch für kinderreiche Familien gebracht haben. Auch in anderen Städten des Herzogtums besteht empfindlicher Mangel an Arbeiterwohnungen.

Als milbernhaft wird dort nur die Gewerberätekommunismus empfunden, daneben über offen geäußert, dass die einzigen von Genossenschaften errichteten Wohnungen mit einzigen Zusätzen für die Arbeiter zu teuer sind, sie blieben dann meistens den Beamten.

Den allen Seiten wird also die Unmöglichkeit der genossenschaftlichen Arbeit zu erkennen.

Politische Übersicht.

Der gefälschte Kaiserbrief.

Die Affäre des „gefälschten Kaiserbriefes“ wird immer unruhiger. Die beiden Zentrumsläppchen, die die entscheidenden Stellen aus dem angeblichen Briefe zitieren haben, jene Stellen, wonach Wilhelm II. den Katholizismus zu „hassen“ erklärt und ihn als „Aberglauben“ bezeichnet, den „anzutrostten“ er sich zur Lebensaufgabe gesetzt habe, beharren dabei, daß ihre Informationen „authentisch“ seien. Es sind dies bekanntlich die „Allgemeine Rundschau“ in München, an der die hervorragendsten Zentrumsführer regelmäßig mitarbeiten, und der „Münchner Volksfreund“, eines der großen westdeutschen Zentrumsparties. Beides muß hervorgehoben werden; denn der Wirkliche Geheime Rat legt es in Nr. 82 des „Tag“ vor, es handle sich um einzelne katholische Blätter von „mehr untergeordneter Bedeutung“. Herr Nomen will als Vorsitzender katholischer Interessen auftreten. Er schreibt, der Kaiser habe „bei jeder sich darbietenden Gelegenheit den deutschen Katholiken Beweise seiner landesväterlichen Huld und Fürsorge gegeben und seine Hochachtung vor dem katholischen Gedenktum bestand.“ Er bringt dafür Beispiele und verweist ferner auf die Worte Leos XIII. bei dem 25-jährigen Papstjubiläum im Jahre 1902. Wilhelm II. hatte damals den General von Leo nach Rom gesandt, und diesem gegenüber erklärte der Papst, mit dem Wunsche, es dem kaiserlichen Gratulant zu bestellen:

„Das Land in Europa, wo noch Zucht, Ordnung und Disziplin herrsche, Neipelt vor der Obrigkeit, Achtung vor der Kirche, und wo jeder Katholik ungünstig und frei seinem Glauben leben könne, das sei das Deutsche Reich, und das danke er dem deutschen Kaiser.“

Diese Worte des Papstes sind den Ultramontanen stets sehr unangenehm gewesen; denn aus der Behauptung des Gegenteils, aus der Fiktion von dem „zurückgesetzten und unterdrückten Katholizismus“ zieht das Zentrum seine Legitimität. Darum haben die beiden Zentrumsparteien jetzt den Kaiserbrief hervorgeholt und sie halten seinen angeblichen oder tatsächlichen Inhalt aufrecht. Die „Allgemeine Rundschau“ behauptet noch wie vor, daß die Angaben auf Informationen basen, deren Glaubwürdigkeit außer Acht gelassen sei.

Das Wiesbadener Zentrumspartie, die „Hessische Volkszeitung“, erhält von geistlicher Seite, die den Brief des Kaisers an die Landgräfin von Hessen gelesen hat, die Mitteilung, daß die von verschiedenen Blättern zitierten angeblichen Verkündungen des Kaisers über den Katholizismus in dem Briefe nicht enthalten seien. Es sei darum Pflicht des katholischen Preises, das öffentlich festzustellen.

Kein Zweifel, daß die Blätter aus dem Kaiserbrief noch viele Jahre lang in den Kreisen der Zentrumshängerchaft umgehen und zur Erhöhung der Temperatur der tosenden katholischen Volksseele benutzt werden, wenn nicht der schläfrige Beweis gebracht werden kann, daß die Worte von „Hoff“, „Aberglauben“ und „Ausrottung“ nicht in dem Briefe an die Landgräfin stehen.

Es ändert sich nichts.

Die schon vor einigen Tagen ihrem Hauptinhalt nach offiziell bekannt gegebene Vorschrift „über den Waffengebrauch des Militärs und seine Mitwirkung zur Unterdrückung innerer Unruhen“ liegt jetzt vor. Wir zitieren die Sätze, die sich auf das selbständige Einschreiten des Militärs bei der Unterdrückung innerer Unruhen beziehen. Sie lauten:

Zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze ist das Militär auch ohne Anforderung der Civilbehörde selbständig einzuschreiten befugt und verpflichtet: a) in Gebieten, die in Kriegs- oder Belagerungszustand gerät worden sind;

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

144

(Nachdruck verboten.)

Die alte, starre Stimme des Mannes zitterte, als er die letzten Worte sprach. Dem General, der noch schrieb, fuhr durch den Kopf, daß unter den Vertretern des Hauses im Scher Schönau und Elses Namen gern zusammen genannt wurden und man scherzend bedachte, es nicht im Ernst tun zu können, da die beiden viel zu gute Freunde seien, um jemals Liebe für einander zu empfinden. Sollte er, der nicht ohne ein gewisses Bedauern diese Ansicht geteilt hätte, sich geträumt haben? Solche Gedanken — es tat in seiner Erinnerung keinen Abdruck! — seine Lippe weniger beim Sprechen als beim Schreiben, als beim des Mädchens, das er liebte, entgegengenommen?

In der gewohnten Erregung der Seele hatte er, diesen Gedanken zu formen, kaum mehr Zeit gefunden, als die Hand bewegte, und von dem Ende der einen Seite zum Anfang der nächsten zu gelangen, und so, unter der Gewalt der plüschigen Unterlegung, setzte er mitten im Schreiben ab und blieb zu Schönau, der neben ihm stand, auf.

Ein wehmütiges Lächeln zuckte um des Hauptmanns feingefärbten Mund: „Schönau Sie, Herr General“, sagte er, „ich verlange, ich erwarte noch nichts, als die Fortdauer Ihrer Freundschaft und — die der Tochter.“

Der General preßte die Lippen zusammen und schwieg weiter. Es war bitter, sehr bitter, daß er aus den vollen Händen des großherzigen Mannes nehmen und nur nehmen sollte in seine beflissenen Hände — es war zu bitter!

Eine Welle rührte über den Raum: er mußte abheben. „Es steht mir noch die Unterschrift“, mahnte Schönau, flog über seine Schulter weg.

„Sie kann es nicht, Schönau!“ sagte der General.

„Ich siehe Sie an“, rief der Hauptmann, „es hängt Tod und Leben — o, mein Gott!“

Von einem Gestus an der Kirtaufzogte, holte er, den Dienstab, den Oberst von Wolf in das Zimmer treten sehen: „Es ist zu spät!“ riefte Schönau, und dann, mit einem verzweifelten Berings, zu reden, wo hoch alles verloren war: „Sie Unteroffizier, Herr General!“

Aber Schönau hatte auch der General sich in dem Stuhle gesetzt und den Oberst bemerkt: Offiziere war bereits bei ihm gewesen, hatte alles gemeldet, die Angelegenheit konnte jetzt ohne den Regimentsschef nicht weiter geführt werden.

Der Oberst immer stirnenges, lächelndes Gesicht trug den nämlichen Ausdruck, der jetzt, wenn es ihn mit

dem General überraschte, eine lebhafte Beschwörung der Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Civilbehörde infolge äußerer Umstände auferstanden ist, die Anforderung zu erlassen.

Zum Vergleich seien noch einmal die Bestimmungen der bis dahin gültigen Vorschrift vom 23. März 1899 angeführt, die sich ihrerseits bekanntlich auf die Kabinettsorder von 1820 stützen:

Ohne Requisition der Civilbehörde findet die Verwendung des Militärs zu den in § 1 aufgezeigten Zwecken statt:

1. An Orten, welche im Belagerungszustand erklärt sind.
2. Wenn bei Störung der öffentlichen Ruhe durch Exesse der Militärschäfer bei Beobachtung des Aufstands nach Wohl und Weisheit findet, daß die Civilbehörde mit der Requisition um Militärvorstand zugunsten eingesetzt, indem ihre Kräfte nicht mehrzureichen, die Ruhe herzustellen.
3. Wenn die Civilbehörde durch äußere Umstände außer Stand gesetzt ist, die Requisition rechtzeitig zu erlassen.

Aus der neuen Vorschrift geht nach der Überzeugung der „Freizeitung“ klar hervor, daß die Kabinetsordnung von 1820 preisgegeben werde. Zum mindesten fehle der Hinweis darauf, daß der militärische Beschäftigter ohne Anforderung der Civilbehörde eingreifen dürfe, wenn bei deren Bögen eine höhere Instanz nicht erreichbar sei. Das konservative Blatt will also von seiner schon früher geäußerten Aussicht, daß wiederum eine Sicherung im staatlichen Organismus preisgegeben werde, nichts zurücknehmen.

Auf der anderen Seite halten auch wir an der schon im Anschluß an die Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vertretenen Ansicht fest, daß man auf den Vorwand der verschwindenden Kabinetsordnung nicht verzichten hat, um ihren Geist zu konservieren. Die Bestimmung, daß das Militär eingreifen darf, wenn die Civilbehörde infolge äußerer Umstände außerstande ist, die Anforderung zu erlassen, ist uns zu dehnen, und wie berufen uns noch wie vor auf den Artikel 36 der preußischen Verfassung, nach dem das Militär Polizeidienste schlechthin nur auf Anordnung der Civilbehörde übernehmen darf.

Seine geschätzte Regelung für die Altpensionäre.

Während die Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre für das Reich gesetzlich geregelt ist, sollen die Altpensionäre in Preußen nach wie vor mit Unterstützungen abgesezt werden, die in das Ermessens der Behörden gestellt sind. Als Vorwand dienen wieder die angeblich so hohen Kosten, die im Reiche nur 7 Millionen betrügen, für Preußen dagegen 48 Millionen ausmachen würden. Sicherlich ist diese Summe viel zu hoch gegriffen, auch ließe sie sich ja schon dadurch erheblich vermindern, daß man nur die Bezüge der unteren und mittleren Beamten erhöhte — wie das auch in anderen Bundesstaaten geschehen ist — da ja bei den höheren Beamten nicht im gleichen Maße von einem unerträglichen Notstand gesprochen werden kann. Aber die preußische Regierung will nun einmal keine gesetzliche Regelung und die bürgerlichen Parteien versprechen den Altpensionären zwar alles Mögliche, klappen dann aber doch vor der Regierung und ihrem Nein energisch zusammen.

Wiederum verzögert man die Altpensionäre und Althinterbliebenen auf die Erhöhung des Unterstützungsstocks und auf die größere Konzillanz bei fünfjährigen Beihilfegewährungen. Die Pensionäre und Witwen und Waisen würden, so versichert man offiziös, fünfzig in Krankheitsfällen besser bedacht werden und auch sonst werde man ohne entwürdigende Betteleien reichlich Hilfe gewähren. Man — wenn man wirklich so viel zu gewähren gedenkt, warum stellt man da das Unterstützungswoesen nicht auf die von den Altpensionären so dringend gewünschte gesetzliche Basis? Weil man eben garnicht ernstlich beabsichtigt, auch nur entfernt alle gerechten Ansprüche zu erfüllen. Weil man nur in den allerschlechtesten Fällen als Wohlthat das gewährten

fürchten werden über sein Einbringen entschuldigt: „Sie sind ja freudlich, lieber Schönau, mit Ihnen Platz abzutreten. Ich habe dem Herrn General Mitteilungen zu machen, die keinen Aufschluß darüber, und die ich ohne Zeugen machen muß.“

Auf Schönau's Lippen zauderte ein Wort; aber er sprach es nicht aus, sondern verbeugte sich und sagte: „Sie Befehl, Herr Oberst!“ und dann, zum General gewandt: „Ich bitte um die Erlaubnis, Ihrem Fräulein Schwester unterdessen meine Auswartung machen zu dürfen, und — nach einer kleinen Pause: — im Falle den Herrn demnächst meine Gegenpart wahrnehmend wolle: ich glaube, daß meine Bitte bei dem gnädigen Fräulein sich in die Länge ziehen wird.“

Er verbeugte sich noch einmal und ging. Der General blieb ihm mit starr, angstfüllten Augen nach. Offenbar bestand zwischen Schönau und dem Oberst, ohne daß sie sich zuvor beprochen haben könnten, ein Einverständnis; offenbar wußten beide etwas, das Schönau vorhin nicht gesagt hatte und der Oberst jetzt zu sagen glaubte. Ein Schauder überfiel ihn, wie vorhin, als er Wallbachs Brief aus der Hand legte; wieder überfiel ihn jenes herzzerreißende Grauen, nur daß es jetzt nicht mehr auf der Schwelle lagerte, nur daß es jetzt im Hause herumgewirkt war in der Gestalt des eigenen Offiziers, in welchem er, wenn er ihm auch gänzlich niemals näher getreten, nie das Bildnis eines Soldaten nach seinem Herzen gesehen und bereitet hatte.

Die Tür hatte sich hinter Schönau geschlossen.

„Ich weiß alles!“ rief der General, und legte sich in denselben Angesicht, daß er eine Unwahrheit spreche.

Der Oberst zischte den Stoff: „Sie wissen nicht alles, Herr General; Schönau hat es Ihnen nicht sagen können, oder, wie ich fast aus seiner Miene schließe: nicht sagen wollen.“

„So bin ich auf alles gefaßt“, sagte der General mit tonloser Stimme.

Und wieder schüttelte der Oberst den Kopf: „Ich wünsche es, obgleich ich es für unmöglich halte; mögen Sie mir auf das Schlimmste gesetzt: die Befehl Ihres Sohnes, welche heute fällig werden, sind förmlich gesetzt.“

Der General taumelte zurück, als wäre ihm eine Faust durch die Brust geslagen. Seine Hände griffen panischhaft in die Luft; der Oberst sprang hinzu, hielt vor dem Jungen zu beruhigen. Mit einer furchtbaren Anstrengung raffte sich der unglückliche Mann zusammen, bevor ihn der andere noch berührt hatte, und summte: „Ich — ich dankte Ihnen — es ist schon vorüber — es ist.“

Er konnte nicht weiter sprechen, er konnte sich nicht länger halten; er sank in den Stuhl, die hämmernenden Schläfen in die kalten Hände preszend, mit klatschenden Lippen murmelnd: „Alles, alles — nichts — nichts.“

will, worauf die Kunden unbefriedigten Rechtsanspruch haben! Und deshalb wird es auch ohne die entwürdigenden Besuch und peinlichen Recherchen nicht abgehen, über die Altpensionäre so lebhafte Beschwerde führen!

Der überreiche Minister.

Der Minister von Mecklenburg-Strelitz demonstriert, erstens will er den Gewährsmann des „Berliner Tageblatts“ überhaupt nicht in seiner Eigenschaft als Journalist empfangen haben und zweitens behauptet er, daß seine Neuerungen im „Berl. Tagebl.“ total falsch wiedergegeben seien. Der Pressevertreter habe ihn „in einer wichtigen Angelegenheit“ um eine Unterredung gebeten und dabei an den Minister die Frage gerichtet, ob der Regierung in der Verfassungsangelegenheit eine Unterstützung durch die Presse erwünscht sei.

Der Minister behauptet dies, unter Hinweis darauf, daß die Regierung das Zusammenspiel der Reform wiederholt als Staatsnotwendigkeit bezeichnet hätte, fügt aber ausdrücklich hinzu, daß gerade die liberale Presse der Sache sicherlich am besten dadurch dienen würde, daß sie ihre überlebenden Funktionen einschränke, Wähler zum Beispiel wie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, seien selbstverständlich unverzichtbar und könnten daher nur schaden, da ein Ausbau der Verfassung nur auf der historisch gewordenen Grundlage möglich sei. Die weiteren Neuerungen des Ministers sind in dem betreffenden Artikel teils unwichtig wiedergegeben, teils tendenziös dargestellt. Dies gilt insbesondere für die Frage der Einigung des Reiches in die mecklenburgische Verfassungsangelegenheit und bezüglich der weiteren Behauptung, daß der Minister der liberalen Presse für ihre bisherigen dankenswerten Unterstützung in der Verfassungsfrage ein besonderes Lob gespendet habe. Diese letztere Behauptung ist frei erfunden. Was die Frage der Einigung des Reiches anlangt, so ist vom Minister bestimmt worden, daß er die Weigerung des Bundesrates sich durch Erweiterung der Reichskompetenz einzuschränken, schon mit Rücksicht auf den Kursurm gegen die preußische Verfassung für durchaus berechtigt halte.

Vorläufig scheint es uns schier unglaublich, daß der Beichtstatter sich so verhört haben soll, und wir erwarten seine Rechtfertigung. Vermag er die Behauptungen des Ministers nicht zu entkräften, so ist er, wenn man nicht Schlimmeres vermutet soll, eine Person von geradezu hervorragender Unfähigkeit und er sollte als Journalist ausgeschlossen haben. Sehr viel innere Wahrscheinlichkeit hatte seine Darstellung des Gesprächs ja von vornherein nicht, denn es war kaum anzunehmen, daß ein mecklenburgischer Minister wagen würde, auf dem Wege über das „Berliner Tageblatt“ die Öffentlichkeit zu flüchten und den Reichstag zur Einigung in eine Frage aufzufordern, die der Bundesrat einschließlich des mecklenburgischen Vertreters bisher stets als eine innere Angelegenheit des gesegneten Obotritenstaates hingestellt hat.

„Strophulöses Gesindel“.

Wie sich die Arbeitervelt in einem Junkerkopf malt, zeigt Freiherr v. d. Goltz-Kreisig in einem Leitartikel der „Kreiszeitung“ über „Das aristokratische Empfinden des deutschen Volkes“:

Diese Proletariermassen, welche die Entwicklung der Industrie zusammengetrieben hat, was sind sie im deutschen Volke! ... Von der Maschine ist diese Volkslichkeit lörperlich und geistig, gesellschaftlich und wirtschaftlich geschwächt, unelbstständig, unlustig, zur Maschine gemacht. — Wehe dem Volke, in dem diese unterste Schicht so oberflächlich kommt! Die Geschichtlichkeit zeigt eine flüchtige Bevölkerung. Der degenerierte Aristokrat ist immer noch im Vergleich zu den degenerierten unteren Volkschichten ein verständiger und gütiger Herrscher gewesen.

Die Junker haben noch immer nichts zugelernt seit der Zeit, da einer der Ihren die Masse des arbeitenden deutschen Volkes als „strophulöses Gesindel“ zu beschimpfen wagte. Diese Kinder, die dem Volk das Brot verteuren und denen die Löhne nie niedrig genug sein können, höhnen noch über die Degeneration der Volksmassen, die doch zum guten

Oberst, der selbst nur mit äußerster Mühe seine Fassung bewahrt, zog sich einen Stulz heran und sagte: „Es ist fürchterlich, ich habe nicht einmal Trotzvorle; denn ich weiß nur zu wohl: Sie werden den Umschlag, daß es Ihr Name, der Name des Vaters ist, an welchem und vermitteilt dessen die Fälschung ausgeführt wird, nicht als Milderungsgrund gelten lassen.“

Sie haben recht, vollkommen recht“, sagte der General, „das ist in der Tat irredevant, gänzlich irredevant.“

Hatte er ihn verstanden, wußte er, was er sprach? Der Oberst, der seinen Blick unverwandt auf den General gerichtet, zweifelte fast davon; die dunklen, sonst so feinen Augen starrten ausdruckslos ins Leere; die sonst so markige, tiefe Stimme klang rauh und blechern, wie eines Wahnträumers; der Oberst glaubte, es werde das beste sein, wenn er ihn durch eine Relation der Angelegenheit wieder zum Bewußtsein wendigen könnte. Die Wirklichkeit, sie mochte noch so grausam sein, zurücktreten.

So bestreite er nun in seiner knappen Weise: Ottomar hatte sich gegen zehn Uhr bei ihm melde lassen, und, sogleich vorgelassen, mit dem Kapitale gänzlicher, hoffnungsloser Verzweiflung gemeldet, daß er heute morgen Herrn von Wallbach gewisser Gerüchte wegen, die über sein Verhältnis zu Fräulein Schneider einesfalls, und Fräulein von Wallbachs Beziehungen zu dem Großen Golem andererseits in der Gesellschaft zirkulierten und nur von Herrn von Wallbach hören herführen lassen; Herr von Wallbach, ohne sich auf die Wahrheit oder Unwahrheit jener Gerüchte oder über seine Berechtigung an der Verbreitung derselben irgend weiter einzulassen, habe Sofortentschuldigung gesucht, bis Herr von Wallbach sich von dem zirkulierenden Verdacht, in leichter Zeit bei seinem Geldvermögen zu unterscheiden, mittleren Mitteln gegenstellen zu haben, gereinigt. Selbstverständlich werde er — Herr von Wallbach — für diese ehrenhaftige Einigung leisten, falls sich dieselbe nicht beweisen sollten, Gemüthsruhe lassen.

Herr von Wallbach, fuhr der Oberst fort, war seiner Sach leidet nur zu sitzen. Sein Gewährsmann nördlich, dessen Namen er aus, ich weiß nicht welchen Höflichkeiten, auch gegen Herrn von Wallbach verschwiegen, kommt — nach der Versicherung Fräuleins Sohnes — niemand gewesen sein, als eben der, mit dessen Hilfe die ungünstige Monarchie ins Werk gesetzt worden: ein Herr, dessen Name, wenn ich mich recht erinnere, in leichter Zeit in dem Wallbachischen Kreise vielfach genannt wurde, — Herr Ströbel.

„Unmöglich!“ rief der General, „das — das konnte mein Sohn nicht — unmöglich!“

„Verzeihen Sie, Herr General“, sagte der Oberst, „ich folge in meiner Relation ganz genau der, wie ich überzeugt bin,

Teil durch Ihre ruchlose Politik verschuldet ist. Wenn solche Junkturausdrücke „aristokratisches Empfinden“ heißen soll, dann dankt das deutsche Volk für dieses „aristokratische Empfinden“ und es sieht Ihnen ein revolutionäres Empfinden entgegen, das aus heiligglühendem Haß gegen diese Junktherrschaft geboren ist.

Der Stand der nationalliberalen Organisation.

In einem Artikel, der sich mit der Einigung im nationalliberalen Lager beschäftigt, teilt der nationallibrale Reichstagsabgeordnete Böttger mit, daß die nationalliberale Partei gegenwärtig über rund 2000 Vereine mit 280 000 Mitgliedern und über 400 Sitzungen verfügt. Böttger sieht hinzu, daß die nationalliberalen Wähler — und darunter versteht er natürlich auch diese 280 000 Mitglieder — von dem Streit in der Organisationstrasse nicht verschont würden. Allerdings werde die Führung unter den heutigen Verhältnissen immer schwieriger und unendbarer.

Die preußische Wahlreform kommt vorläufig nicht. Nulthenisch erwähnt die „Offiziezeitung“, daß im preußischen Ministerium des Innern keine neue Wahlreform in Vorbereitung ist. Die Meldung der „Frankfurter Zeitung“ ist falsch. Seit dem Scheitern der letzten Wahlrechtsreform in Preußen hat sich das zuständige Ministerium des Innern überhaupt mit keinen Vorbereitungen für eine neue Wahlvorlage befaßt. Hierzu bemerkte die Redaktion des Blattes noch, daß die Nachricht mit einer anderen vollkommen übereinstimme, die ihr bereits vor einigen Tagen von anderer Seite zugegangen sei.

Kommunale Maßnahmen gegen die Broterwerbung. Die Gemeinde Paula bei Blaubeuren i. S. nahm Verhandlungen auf mit den Bäcker- und Fleischermeistern über die Herabsetzung der Verkaufspreise für Brot und Fleisch. Die Verhandlungen mit den Bäcker-Zünften verließen „vergeblos“; tatsächlich beschloß die Stadtverwaltung, den Verkauf von Brot selbst in die Hand zu nehmen. Jetzt wird jeden Vormittag im Rathaus reines Roggenbrot das Pfund für etwa 9 Pf. verkauft, während die Bäckermeister 11 Pf. fordern.

Die standesärzliche Enthüllung. Die Tochter der bekannten Führerin der Suffragetten, Frau Sylvia Bankhurst beabsichtigte, in Dresden einen Vortrag in englischer Sprache zu halten. Die dortige Polizeidirektion hat nun den Veranstaltern mitgeteilt, daß sie den Vortrag, gestützt auf den Fremdsprachenparagrafen des Reichsvereinigungsbeschlusses verbieten werde. Die genannte Mednerin will am 24. April auch in Berlin sprechen, wo sie vermutlich keine besseren Erfahrungen machen wird.

Ausland.

Kongress der belgischen Arbeiterpartei.

Im Festsaal des Palais des Volkshauses zu Brüssel wurde am Ostermontag der 29. Kongress der belgischen Arbeiterpartei eröffnet. Bei der Eröffnung füllten den zweiten Saal mehr als 1300 Delegierte. Deutschland ist durch den Genossen Braun, Frankreich durch den Genossen Dubreuil vertreten.

Genosse Braun, mit großem Beifall begrüßt, übermittelte die Grüße der deutschen Genossen, die begeistert gewesen sind durch den Generalstreik vom vorigen Jahre. Der Kampf ist überall verloren. Die Hoffnungen der Sozialdemokraten sind daher in allen Ländern dieselben. Braun sprach hierauf gegen den Militarismus. Er ist das Hindernis der Entwicklung der Arbeiterpartei. Der Militarismus muß bekämpft werden. Braun schloß seine Ausführungen mit der Mitteilung, daß die rote Woche der Partei 152.000 neue Mitglieder und 82.000 Abonnenten gebracht habe.

Genosse Dubreuil schloß seine mit großem Beifall aufgenommene Begrüßungsrede ebenfalls mit einer Verurteilung des Militarismus. Wir stehen in dem Dilemma: Entweder den schrecklichen Krieg — oder den fruchtbaren Frieden! Will das französische Volk, daß ein Band der Einigkeit alle Völker umschlinge, dann muß es seine brüderliche Hand dem Volke Deutschlands reichen. Den Bericht des Generalrates der Partei erstattete Genosse Baudersmissen. Er teilte mit, daß ab 1. Mai ein tägliches Blatt in flämischer Sprache für Brüssel, Antwerpen und Lüttich erscheinen werde. Die Zahl der angeschlossenen Gruppen der Partei sei von 1268 im Jahre 1912 auf 1377 im Jahre 1913 gestiegen, die Gesamtzahl der Mitglieder der Partei von 258.912 auf 291.030. Verschiedene Delegierte beklagten sich, daß der Bericht nicht früher erschienen ist. Van Noordvoet gab den Steueraufschluss, wobei er mitteilte, daß das Generalsturkonto die Summe von 44.655 Franken an den Propagandafonds für das allgemeine Wahlrecht abgeführt habe.

Über die sozialistische Presse berichtete Genosse Bauters. Er wendete sich gegen die Haltung der Buchdrucker während des Generalstreiks. Der Kongress mußte verhindern, daß ähnliches wieder vorkomme. Der Bericht der Presse, der ein eindrückliches Fortschreiten der sozialistischen Presse Belgiens konstatiert, wurde einstimmig

angeheissen, ebenso der Bericht der Erziehungszentrale. Im Bericht der Genossenschaften wurde verzeichnet, daß der Umsatz der Genossenschaften im Berichtsjahr auf 11.112.004 Frs. gestiegen ist, eine Steigerung von 1.545.738 Frs. gegen das Vorjahr. Die wallonischen und flämischen Genossenschaftsbauern werden demnächst eine Genossenschaftsmühle errichten.

Bebharter gestaltete sich die Diskussion bei dem Bericht der sozialistischen Gemeinderäte. Auch hier ist ein Fortschreiten der Zahl der sozialistischen Gemeinderäte zu verzeichnen. Es wurde jedoch getadelt, daß viele Gemeinderäte nicht den sozialistischen Federationen angehören, wodurch sich öfter eine Verlegung der Grundsätze und Tendenzen der Partei ergäbe, so sei in einigen Gemeinden von den sozialistischen Gemeinderäten für die Vergabe von Gas- und Elektrizitätsanstalten an private Gesellschaften gestimmt worden. Die Debatte entw. setzte sich zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung über die Vorteile der Übernahme der Gemeindeanstalten in eigene Regie oder deren Vergabe an Privatgesellschaften. Genosse Bauters erhielt allgemeinen Beifall, als er ausführte, daß es notwendig sei, in den Gemeinden die gewerkschaftlichen Grundsätze und Forderungen durchzusetzen und daß dies bei eigener Regie leichter sei, als bei kapitalistischen Gesellschaften. Auch Genosse Auweila sprach sich für die Übernahme aller öffentlichen Anstalten in die Verwaltung der Gemeinden aus. Genosse Vandervelde meinte zwar, daß dies kein sozialistisches Prinzip sei. Die Frage der Regie sei von Fall zu Fall zu beurteilen. Es sei nicht immer erforderlich, öffentliche Anstalten der Regie der Gemeinden oder des Staates zu überlassen. In England und Deutschland würde er gegen jede Regie sein; in der Schweiz, England, Frankreich und Belgien wäre es eine Toraheit sich der Entwicklung von Staats- und Gemeindebetrieben zu widersetzen. Die Entwicklung und Förderung der Gemeindebetriebe in Belgien müsse ein Programmstück des Kommunalprogramms bleiben. Es wurde beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.

Noch ein Sozialdemokrat Delan einer Universität. Wir teilten kürzlich mit, daß die theologische Fakultät der Universität Zürich den Genossen Professor Ragaz zu ihrem Dekan gewählt habe. Wenn bürgerliche Blätter in Deutschland daraufhin annehmen, daß eine solche Ehre eines Sozialdemokraten nur eine Ausnahme sei, so sind sie art im Irre, wie uns soeben aus der Schweiz gemeldet wird, hat auch die juristische Fakultät der Universität Berlin als Dekan einen in der Partei sehr tätigen Genossen, den Professor Dr. N. Meichsner gewählt. Der selbe Genossen ist zugleich Herausgeber des schweizerischen Handbuchs für Staatswissenschaften, an dem, ähnlich wie bei dem in Deutschland von Konrad Lexis, König usw. herausgegebenen Werk, die bedeutendsten Autoritäten des Landes mitarbeiten. Die Kapitel über Sozialismus, Arbeiterbewegung, Genossenschaftsbewegung, Gewerkschaftsbewegung usw. werden aber nicht wie in Deutschland von Leuten am grünen Tisch geschrieben, sondern von mitten in der Bewegung stehenden, also mit der Materie gründlicher vertrauten Parteigenossen. Wer dies wegen das Werk boykottieren wollte, würde als Verrückter bestraft werden.

* * *

Standarten in der bulgarischen Sobranje. Gegen Ende der Sitzung der Sobranje am 14. April kam es zu großen Standardzonen, die durch den früheren Minister Burov (Geschworene) hervorgerufen wurden, der gegen einen Minister befürchtende Ausdrücke gebrauchte. Es entstand ein unbeschreiblicher Lärm, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Später wurde die Sitzung wieder aufgenommen.

* * *

Nene Judenhechen in Russland? Größere jüdische Unruhen sind noch einer Petersburger Meldung des „Berliner Tageblatts“ in Rawa im Gouvernement Petrikau und in Makowas im Gouvernement Lemberg infolge des zufälligen Verschwundens russischer Kinder während des südlichen Osterfestes (?) ausgebrochen. Zu ihrer Unterdrückung müssen besondere Maßregeln ergriffen werden. Genaueres über die Vorgänge ist noch nicht bekannt.

* * *

Mexiko und die Vereinigten Staaten. Präsident Wilson erklärte den Mitgliedern des Kongresses, falls Huerta der nordamerikanischen Forderung nicht nachkomme, werde der erste Schritt der nordamerikanischen Neutralität die Belagerung von Tampico und Veracruz sein. Amtlich wird erklärt, daß zu den Gründen für die Entsendung der nordamerikanischen Flotte auch die Tatsache zu rechnen sei, daß Deputen an den nordamerikanischen Geschäftsträger in Mexiko von den Mexikanern aufgefangen wurden.

Nach einer Meldung schlug General Villa nach einer neuntägigen Schlacht die Niederungstruppen

bei San Pedro nördlich von Torreon. Die Verluste auf beiden Seiten werden auf 800 Mann geschätzt.

Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Mexiko wird in New York fast allgemein abgesehen. Entgegen mehrfacher Andeutungen, die Washingtoner Regierung handle im Einvernehmen mit den Rebellen, worauf auch die Rückung Tampicos hinderte, besagen Meldungen aus Chihuahua, die Rebellen würden einer Intervention der Vereinigten Staaten widerstehen, allerdings unabhängig von Huerta, der konsequent weiter bekämpft werden würde.

„Infolge der Zustimmung der Lage in Tampico ist, wie das „Berl. Tagbl.“ erklärt, zum Schutz der deutschen Reichsangehörigen von Veracruz aus der deutsche Kreuzer „Dresden“ nach Tampico beordert worden.

Wie das „Journal des Debates“ aus London meldet, hat der Chef des nach Tampico beorderten amerikanischen Geheimnablers Befehl erhalten Truppen ausgeschiffen und sich der Stadt zu bequemen, falls Huerta nicht einwilligen sollte, die amerikanische Flagge zu salutieren. Sobald die Kreuzer vor Tampico eingetroffen sind, soll den mexikanischen Behörden seinesfalls Frist mehr gegeben werden.

* * *

Ein neues Kabinett in Japan. Die Liste des neuen Kabinetts ist dem Kaiser unterbreitet worden. Sie ist noch nicht amtlich veröffentlicht, doch glaubt man, daß sich das Ministerium folgendermaßen zusammenstellen werde: Botsch und Innenminister Okuma, Neueres Baron Kato, Finanzminister Matsukata, Marine Admiral Nasiro, Krieg General Ota, Justiz Ogata, Unterricht Ichijo, Verkehr Taketani, Handel Viscount Dura. Die Mitglieder des Kabinetts gehören weit Parteien des Abgeordnetenhaus, der Dōshū und Teibesshū, an, die zu unterschiedlich sich die Kolumbianopartei verpflichtete, aber die Seljuukratapartei behält die Majorität. Man glaubt, daß dies die Auflösung des Parlaments fördern wird.

Die Mitglieder des Kriegsgerichts, das gegen die in den Flottenkandal verwickelten Offiziere verhandeln soll, sind nunmehr ernannt worden.

Parteianangelegenheiten.

Presprozeß. In einem Artikel über den Sedantag hält der Zeitzer „Volksbote“ von einer „börnerischen Beamtenkasse“ gesprochen. Der Zeitzer Polizeikommissar fühlte sich durch diesen Ausdruck beleidigt und regte in einer Versammlung städtischer Beamten die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur an. Ein von ihm entworfer Strafantrag wurde von etwa vierzig Beamten, meistens Polizisten, mitunterzeichnet. Das Schöffengericht zu Osterfeld verurteilte den Redakteur, Genosse Blechschmidt, zu 200 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

Gemeinsamer Einsatz für Parteidoktoren. Für die Deutcreter unserer Süddeutschen Parteidoktoren ist kürzlich auf einer Konferenz der Geschäftsführer in Mannheim eine Interessengemeinschaft gegründet worden. Ihr Zweck ist hauptsächlich gemeinschaftlicher Einkauf von Papier. Zum Obmann der Gemeinschaft ist der Geschäftsführer der Union-Druckerei in Frankfurt a. M., Genosse Gustav Heinrich, gewählt worden.

Holländischer Parteikongress. Am Sonnabend wurde der holländische Parteikongress in Utrecht eröffnet. Er ist außerordentlich stark besucht, was auf das starke Wachstum der Partei zurückzuführen ist. Vor Eintritt in die Tagessitzung erklärte der Kongress die verstorbenen Genossen Bies, Deutch, Deutscher. Den gleichzeitig tagenden Kongressen der belgischen und englischen Sozialdemokratie sowie der Genossen Luxemburg wurden Sympathietelexgramme geschickt.

Der erste Tag wurde ausgestellt durch die Debatte über den Jahresbericht des Parteivorstandes und der Parlamentsfraktion. Bei der Diskussion über die Tätigkeit der Parlamentsfraktion bedauerten verschiedene Redner, darunter Troelstra und Liebhardt, daß sich Genosse van Rossem im Senat dazu hinreißen ließ, die Bewegung der indischen Einwohner wegen einiger jugendlicher Unrechte entspringen zu bestimmen, statt die indische Regierung wegen der Verweisung der drei Führer zur Rede zu stellen, van Rossem verteidigte sich mit der Bemerkung, er habe nur seiner Zeitung Ausdruck gegeben, sand aber mit dieser Verteidigung keinerlei Auflang auf dem Kongress. Eine weitere kurze Aussonderung fand statt zwischen den Parlamentsmitgliedern Mendels und Troelstra. Während sich Mendels auf den Standpunkt stellte, daß jeder Kriegsfall, der Ausschaffung wegen aufweist, abgelehnt werden müsse, machte Troelstra taktische Bedenken geltend: es sei möglich, daß man sich von den Klerikalen in eine Falle locken ließ und daß die Klerikalen beabsichtigten, das Wahlrechtsabkommen über militärische Forderungen zu fassen zu bringen. Um das zu verhindern, müsse man unter Umständen auch für das Kriegsbudget stimmen.

noch nicht präsentierten Wechsel getroffen, im Gegenteil von der sehr großen Summe — wenn ich nicht irre, eine halbe Million — die er bei dem Hause stehen gehabt, gestern nachmittag den Rest abgezogen habe. Eine halbe Stunde später ist Herr von Werben bei mir.

Der Oberst schwitzt; er konnte den Anblick des Generals, der immer noch, einem Wahnsinnigen gleich, vor sich hinplasterte, nicht länger ertragen. Worauf brüllte der Mann? Unzweifelhaft über das lebt: Ende der Geschichte, und unzweifelhaft war es daselbst kurze, blutige Ende, das er im Innersten seines Herzens für unabreisslich hielt. Aber es war der Vater! Er hatte das doch so recht nicht bedacht. Er hätte vorhin keine Milderungsgefilde gelassen wollen; jetzt wähle es in seiner Seele nach jolden Gründen, nach einem herzlichen Trotzestworte nur, an das er selbst hätte glauben können.

Er sonderte nichts.

„Wollen wir nicht Schönau wieder kommen lassen?“ sagte er.

Der General hob die starrten Augen; er wirkte offenbar nicht, wie der Oberst zu der Frage kam: er hatte bestimmt ganz vergessen, daß der Hauptmann noch im Hause war.

Der Oberst wußte die Antwort des Generals nicht ab, Klingelte selbst und rief August, der alsbald erschien — er hatte doch in der Fülle seines Sammer gegen die alte Schönau Lust gemacht — Herrn von Schönau zu rufen.

Der Hauptmann hatte unterdessen die qualvolle halbe Stunde verlebt. In der stürzterlichen Gewißheit, daß er zu spät gekommen war, daß Ottmar verloren sei, nachdem er seinem Regimentsschefs offiziell von seinem Vergehen in Kenntnis gesetzt und dieser wiederum, wie er nach seiner Erinnerung und seinen Begriffen von Standesehre auch gar nicht anders kannte, den Vater mit dem Vorwurf belastet gewußt — in der endlich Sorge, die sich von Minute zu Minute steigerte und endlich zu namenlosem Angst wurde: daß jetzt — jetzt — in diesem Augenblick geschahen könne, bißlich schon geschehen sei, was, wenn es geschah, von ihm so hochgerechnet, geliebte Menschen in namenlosen Sammertürmen mähte — in dieser grauenhaften Seelenstimmung hattet er sich mit dem gutmütigen, abmildigen, gesetzlosen, alten Freudenti über gleichgültiges, ja abschmiedende Dinge: über das alte Weiber, über den nächsten Hofball, über eine fragliche Stelle im Malortie, welche der Verfasserin des „Hofstaats“ schon ein paar schlaflose Nächte zu Wege gebracht, unerhört hatten!

„Und, eh ich es vergeesse“, sagte Egonice, „haben denn auch Sie schon von dem Standart gehört, der heute Nacht passiert ist, und von dem, wie die Leute mit berichtet, die ganze Stadt soll sie fallen?“ Der alte Herr Schönau, unter Nachdar, mit mir kein Stein, es soll ja in einer ohne Gedanken Raum sein.

wesen sein, der sich einen eigenen Diener hält, welcher sogar — denten Sie sich nur, lieber Schönau! — ein Bester oder denselben vom unserem August ist, und der August hat die Sache uns — meinem Bruder und mir — ertritt, seitdem. Es fort ist, regelmäßig den Koffee mit mir zusammen, was er sonst nicht getan, aber er ist ja immer voll liebenswürdigem Aufmerksamkeiten — was wollte ich sagen, lieber Schönau? Ja: es ist mir wieder ein Gedanke, daß aus zweckmäßigem Gründen die einzige, die einmal das Offizielle demokratischer Tendenzen eingefangen haben, nichts als Unheil und Unglück hervorgehen kann. Ein junger Mensch, der in diesen schweren Grundzügen aufgewachsen ist, hat nun einmal in schwierigen Lagen des Lebens keinen stützlichen Halt, wie ihn uns die Religion und die Familienehre, Gott sei Dank, gewähren. Er greift — ich nehme an: nicht ohne ein gewisses Überstreben — wie sind ja schließlich alle Gottes Kinder, wie wenige von uns auch auf dem Wege wandeln, der an ihm führt — aber er greift in solchen Lagen zu unlauteren, unsauberen, vergräßelten, ja verbrecherlichen Mitteln. Millionen, so höre ich, aus einer ihm unvertrauten Stoffe zu ziehen, und damit das Meiste zu suchen in dem Augenbilde, wo man eine große Gesellschaft gibt! Welche Rücksichtlosigkeit, welcher Mangel auch bei allgemeinwöchentlichen Delikte, wenn ich es auch — ganz entnous, lieber Schönau — nicht gerade sehr delikat finde, daß trotz uns an Festen, die einen solchen Ausgang nehmen, bestilligen. Ich für mein Teil könnte ja triumphieren, denn was auf den Weltkrieg besser als solches Vorcommissie, wie nötig die Errichtung wohlgeordnete Kleider, dieser hohen Schulen der Sitte, des Anstandes, des Wohlstandes, der schönen Kultur? Aber Gott soll mich vor einem solchen Hochmut bewahren! Meine Empfindungen sind die stützende Mutter, die wahre Freiheit, die wahre Freiheit! — für uns zerstört, mit jedem Jahr mehr demokratische Gesellschaft ist? Aber Gott soll mich vor einem solchen Hochmut bewahren! Meine Empfindungen sind die stützende Mutter, die wahre Freiheit, die wahre Freiheit!

Egonice wurde die Antwort erwartet, da August ihm zu holen kam. Er verabschiedete sich in einer Weise, die mit lebhaftem, ausdrücklichem Haltung so wenig stimmte, daß Schönau als sich die Tür hinter ihm schloß, Kopfschütteln meinte, die kleine Leitung habe dem Herrn Hauptmann auch nicht scheuen können. Um Begeisterung, Herr Hauptmann? sage du nicht, daß der Hauptmann noch dem Standart beigeordnet?

1. Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. April.

Sehr wichtige Distriktsversammlungen

(Zahlabende) werben Montag, den 20. April, abends 8 Uhr, in den bekannten Distriktslokalen abgehalten. In diesen Parteizusammenkünften soll über den Jahresabschluß unseres Vereins gesprochen werden, den Geschäfts- und Kassenbericht, den Bericht des Bildungsausschusses, der Kinderschutzmission der Pressekommision und den Geschäftsbericht der „Volkswacht“. Weiter soll Stellung genommen werden zu den Wahlen zum Vorstand und den Kommissionen, ferner zum Antrage des Distrikts 14, das Beamtensystem aufzuheben. Alle diese Punkte siehen auf der Tagesordnung der Generalversammlungen, die am 29. April und 4. Mai im Gewerkschaftshause abgehalten werden. Eine Vorbesprechung in den engeren Parteikreisen ist nötig, darum ist es Pflicht eines jeden Parteimitglieds, im Zahlabend seines Distrikts zu erscheinen.

Die Beamten der Stadt.

Die gewaltige Entwicklung der Stadt in den letzten Jahren hat auch ihre Verwaltungskörper ganz bedeutend vergrößert. Wenn es in früheren Zeiten neben dem Rat und den Schöffen nur wenig Leute, die von der Stadt vorübergehend oder auf Lebenszeit angestellt wurden, so zählt heut das Heer der Beamten, Angestellten und Arbeiter nach vielen Tausenden.

Einige Zahlen werden uns am deutlichsten sagen, wie sehr die Verwaltungsgeschäfte gestiegen sind. Nach einer Zusammenstellung des Magistrats betragen 1914 die Ausgaben für Beamtengehälter 7.706.013 Mark, für Arbeitserlöse 7.710.668 Mark. Gegen das Vorjahr sind die Gehälter um 300.414 Mark gestiegen, die Löhne um 928.954 Mark. Der städtische Zuschuß für die Beamtenbefördung allein beträgt für das laufende Jahr 1.000.150 Mark; das sind mehr gegen 1913 nicht weniger als 262.850 Mark.

Die Führung der Verwaltungsgeschäfte liegt in den Händen des Magistrats, der in Breslau mehr als 30 beflockte und unbesetzte Stadtteile umfaßt, mit dem Bürgermeister und dem Oberbürgermeister an der Spitze. Es folgen dann die leitenden Beamten der Betriebswerke und die sonstigen höheren Beamten.

Viel zahlreicher sind die Bureau- und Kassenbeamten. Der Haushaltssplan verzeichnet u. a. 250 Magistrats-Sekretäre, sieben Steuerverwaltungs-Sekretäre, 268 Bureau-Assistenten, 68 Buchhalter und 108 Betriebsverwaltungs-Assistenten. Im ganzen zählen sie 907 Bureau- und Kassenbeamte. Damit sind wir aber noch nicht am Ende. Wir haben weiter mehr als 100 technische Beamte: Landmesser, Zeichner, Bau-Assistenten, Bauarbeiter, Straßenbau-Müller, Färber arbeiten in den verschiedensten Geschäftsstellen 54 Kanzlisten und 117 Diener, Boten, Haushälter und Wächter sorgen dafür, daß die Alten pünktlich aus dem einen Bureau ins andere kommen und die Amtsgebäude in Ordnung gehalten werden.

Etwa 1150 Personen mögen wohl fest angestellt sein. Davon kommen aber sicherlich noch 435 auf Tagelöder und Stundenzug beschäftigte Leute: Zeichner, Hilfsleute, Bureauhilfsarbeiter, Maschinenschreiberinnen, Telefonistinnen, Es ist zu hoffen, daß die Steuerveranlagung usw. Zusammen werben es ungefähr 1000 Beamte und Angestellte sein, die von der Stadt besoldet werden.

Zu den Beamten der Stadt müssen wir ferner die Lehrer in den höheren Schulen und den Volksschulen rechnen, die freilich mit der eigentlichen städtischen Verwaltung nichts zu tun haben. Für die 65.000 Volksschüler und die 12.000 Schüler und Schülerinnen der höheren und Mittelschulen sind ungefähr 2000 Lehrer und Lehrerinnen angestellt. Erhöhnern wir noch in diesem Zusammenhange, daß außerdem über 7000 Arbeiter und Handarbeiter in den verschiedenen städtischen Betrieben tätig sind, so ergeben alle Gruppen ein Gesamtheit von mehr als 10.000 Beamten, Angestellten und Arbeitern, sobald die Stadt Breslau als der größte Arbeitgeber anzusprechen ist.

Alle diese Arbeitskräfte werden selbstverständlich sehr bezahlt. Dies unten die ungelehrten Arbeiter haben Stundenlöhne von knapp 30 Pfpg. an mit einer Lohnzunahme von wenigen Tagen; etwas mehr bekommen die gelehrteten Leute. Die Angestellten erhalten in der Regel ihren Lohn auch nach der und zwar monatlich bei vierwöchentlichem Lohnzunahme; den festangestellten Beamten wird das Gehalt hierfür jährlich im vorause gezahlt. Neben die Gehälter dieser Beamten sei noch einiges mitgeteilt.

Oberen steht Herr Metting, der Oberbürgermeister, mit 5.000 Mark Jahresgehalt. Ein weiterer Abstand folgt ihm der Bürgermeister Dr. Lentz mit 15.000 Mark. An dritter Stelle im Gehalt stehen wir den städtischen Finanzministern, unter Nummerer, Stadtrat Mottke. Dann kommen die drei Kuratoren mit 10.700 bis 12.000 Mark Gehalt, der Stadtkonsistorium mit 11.200 Mark und die sieben juristischen Stadträte mit 8200 bis 19.600 Mark. Von den sonstigen höheren Beamten hat der Stadtarzt Dr. Debelle 10.000 Mark Gehalt, der Vorstehende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts 6975 Mark. Die neun Magistrats-Assistenten erhalten jährlich 5100 bis 7600 Mark, die Stadtbau-Inspektor 6100 bis 8600 Mark.

In der Spitze der Bureau- und Kassenbeamten steht der Kureaudirektor mit dem Jahresgehalt von 7500 Mark; der ihm untergeordnete Stadtkaufmännikant bekommt 6500 Mark, ebensoviel der Steueraudirektor. Damit schlägt die Mehrzahl der Beamten, deren Gehalt im einzelnen angegeben ist. Mit sehen dann für die 250 Magistrats-Sekretäre reichlich eine Million Mark an. Geht dagegen, für die 268 Bureau-Assistenten 747.925 Mark.

So geht es weiter bei den übrigen Gruppen bis zu den analistinnen, Dienstern und Haushältern, deren Gehälter freilich sehr unterschieden sind. Ein bedeutender Beitrag wird gebraucht, um die Kureaudirektorat für den Bureau- und Kassendienst, die Kureaudirektorat, Maschinenschreiberinnen, Telefonistinnen und die Käufleute zu bezahlen; es sind sogar in den Haushaltssätzen 286.950 Mark eingesetzt. Wehe als 650.000 Mark

werden gebraucht für Auhegehäuser, Unterstützungen, Witwen- und Waisengelder. Nur 5980 Mark davon fallen auf die Unterstützung von Arbeitern und deren Unterklieken.

Behnkt man, daß der Kostenhaushalt der Stadt Breslau 45½ Millionen Mark umfaßt, so stellt der Zuschuß von reichlich vier Millionen Mark bei der Beamtenbefördung eine starke Belastung dar. Und es besteht keine Aussicht, daß sie abnimmt. Im Gegenteil, für das Jahr 1915 sind bereits allgemein Gehaltssteigerungen angekündigt. Die Lebenshaltung wird immer teurer, weshalb auch die Alagen der Beamten nicht verstummen. Mehr noch als die Beamten leiden aber die Tausende der städtischen Arbeiter und Handwerker. Hoffentlich werden sie im nächsten Jahre ebenfalls gebührend aufgebessert.

Das Werben neuer Abonnenten

ist eine Aufgabe, die von keinem Parteigenossen vernachlässigt werden sollte. Die Werbearbeit für unsere Presse ist an eine bestimmte Zeit nicht gebunden; jeden Tag sollten unsere Mitglieder und Leser benennen, um unsere Kampfreihen zu stärken. Besonders große Erfolge aber sind immer dann zu verzeichnen gewesen, wenn sich die scharfmacherischen Gelüste bis zur Verzückung steigerten, wenn Polizei und Gerichte weiterspielen, in der Verfolgung des arbeitenden Volkes. Deshalb laden wir alle Parteigenossen ein, teilzunehmen an einer Aktion für die „Volkswoche“, die Sonntag, den 19. April vom Losal: Hirschstraße 68 aus unternommen wird. Die Ausgabe des Materials beginnt um 9 Uhr morgens doch finden auch später kommende Solter noch Arbeit.

Die städtische Nachlassverwertungsstätte.

Zum weiteren Ausbau der städtischen Wohlfahrtspflege ist im Verlauf eines knappen Jahres auf dem städtischen Grundstück Niedergasse 8/10 wo auch die städtische Holzpalleanstalt untergebracht ist, ein besonderer Neubau für eine Nachlassverwertungsstätte errichtet worden.

Ein einsches gegen die jetzige Baustelle mit Rücksicht auf die künftige Straßenverbreiterung zurückgelassene Gebäude bietet sich dem künftigen Besucher dar. Bei und 24 Meter Frontlänge, 14 Meter Tiefe und 12 Meter Höhe enthält der Neubau Keller-, Erd- und Dergeschoss und ein ausgebautes Dachgeschoss, sogenanntes Dampfgeschoss, das von einem flachen Dachboden abgeschlossen wird. Das Gebäude entbietet jeglicher besonderer architektonischer Verzierung, wovon man abzieht von den beiden in der Straßenfront eingemauerten Emblemen aus Sandstein. Das eine von Ihnen stellt einen Schreiber dar, das andere einen Tischler, beide in mittelalterlicher Tracht. Ferner sind noch zu erwähnen zwei rautenförmige Fensterläden im Erdgeschoss, die in der Mitte den Buchstaben W tragen und die Jahreszahl 1913. Die Straßenfront ist in geblümtem Sgraffito, die Hinterfront in glattem Putz gehalten. Unter den Fensterrahmen der Vorderfront befindet sich in modellierten, gegen den Putz vortretenden Buchstaben die Inschrift: „Werkhaus der städtischen Armenverwaltung.“ Die im Neubau unterzubringende Anstalt soll dazu dienen, ständig eine zweimäßige Verwertung der sogenannten Armennachlässe zu ermöglichen, von denen jährlich der Stadt mehrere Hundert aufallen. Bisher wurden diese, aus Kleidungsstücken, Schnüren, Möbelstücken und anderen örtlichen Haushalt bestehenden Nachlässe von der Armenhausinspektion in den Räumen des alten Schlachthofes an der Engelsburg angehäuft und in bestimmten Geständen an Händler versteigert. Dieses Verfahren war sehr unlohnend. Künftig sollen die Nachlassgegenstände in der neuen Anstalt durch beschäftigungsfreie Handwerker und Frauen der städtischen Arbeitseinstalt und durch die, die städtischen Arbeitsstätte aufsuchenden Wandergäste wieder in brauchbaren Zustand versetzt und dann verkauft werden. Durch Verbindung mit der städtischen Holzpalleanstalt wird eine vorteilhafte Beschäftigungsmögl. gegeben sein; die Männer können, soweit sie Handwerker sind, mit der Ausbesserung von Nachlassgegenständen, soweit sie ungelernte Arbeiter sind, mit dem Reinigen und Ausbauen von Holz beschäftigt werden und den Frauen wird sich im Reinigen und Ausbauen von Kleidungsstücken, Scheuern von Möbeln, ferner in Räumen und Stuben besser von Städten, die in großer Zahl von der Holzpalleanstalt gebraucht werden, Beschäftigung bieten. Wandergäste und Obdachlose die, die Anstalt aussuchen, soll Gelegenheit gegeben werden, sich ihre meist zerstörte und nicht mehr vollständige Kleidung wieder in brauchbaren Zustand zu versetzen und zu vervollständigen, damit sie nach Verlassen der Anstalt leichter Arbeit finden können.

Jeder Gegenstand wird von einem sachverständigen Kurator seinem Wert nach abgeschätzt und kann ein jedermann unter Verzehrung einer Arbeitsstunde von 20 Pfennigen durch Arbeit erworben werden. Arbeitsunfähige oder von Haus unabhängige Personen, wie Witwen mit großer Kinderzahl, erhalten Betteln und Bergleichen geliehen. Der Rest der Nachlassgegenstände wie Uhren und Bergleichen wird einzeln verkauft werden.

Den künftigen Bewohnen entstehend ist der Neubau auch eingeteilt. Im Kellergeschoss sind Lagerräume und der Heizraum untergebracht. Im Erdgeschoss befindet sich an der Straßenfront ein geräumiges Verkaufslokal mit drei großen Schaufenstern, die durch Rollalouisen verschlossen werden können. Im Laden selbst ist eine zweimäßige, einfache Einrichtung von Ladentisch und Regalen aufgestellt. Ferner sind noch im Erdgeschoss einige Büroräume, eine Stube für Schneiderinnen und eine Waschküche. Das erste Obergeschoss ist mit Werkstatträumen für Tischler, Maler, Tapezierer und Schuhmacher belegt, im zweiten Obergeschoss sind zwei große Aufbewahrungsräume geplant für gereinigte und ungereinigte Nachlässe. Sollte sich die Notwendigkeit einer späteren Vergrößerung ergeben, so kann diese leicht durch Aufsehen von zwei weiteren Stockwerken durchgeführt werden; der Unterbau ist entsprechend stark gewölbt. Das Treppenhaus, ein Warenaufzug und die Abortanlagen liegen an der nördlichen Giebelseite. Die Raumosten sind auf 63.500 Mark veranschlagt.

Möge die neue Anstalt allen, die dort Hilfe suchen, auch bei stehen und ihre Not lindern.

* Der Fahrrad-Betrieb im Januar der Stadt wird durch eine neue Polizei-Verordnung beschränkt, die soeben vom Polizeipräsidenten mit Zustimmung des Magistrats erlassen worden ist.

Danach ist das Fahren mit Fahrrädern mit Ausnahme der Geschäfts-Dreiräder, der Dienstfahrer der Heeresbehörden, der Feuerwehr, der Post- und Telegraphenverwaltung und der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, 1. auf der Schweidnitzerstraße zwischen der Wallstraße und dem Münze, 2. auf der Orlauerstraße zwischen der Schuhstraße und dem Münze, 3. auf dem Münze selbst von der Einmündung dieser Straßen bis in eine Entfernung von 80 Metern aufgestellten Verbotsschilden, 4. auf der Schmiedebrücke, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends verboten. Zum Überbrückung werden somit nicht Verbotsschilder nach dem Reichsstrafgesetzbuch eingetragen, mit Geldstrafe bis zu 80 Mark, im schweren Falle mit einer Freiheitsstrafe von 10 Tagen bis 1 Jahr geahndet. Die neue Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Zur nächsten Volkssitzung,

die am Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr, im Thalia-Theater stattfindet, sind noch Billets von 10 bis 80 Pfpg. im Gewerkschaftshause, Zimmer 87, zu haben.

Zur Aufführung gelangt Vereinsleins bekanntes Militärdrama „Der Kapensstreik“, ein Stück, das man den Arbeitervorstellungen bisher geflissenlich entzogen hatte.

Anrechnung der Untersuchungshaft.

Der § 60 des Reichsstrafgesetzbuchs gibt dem Richter die Möglichkeit, dem Angeklagten die erlaubte Untersuchungshaft ganz oder teilweise einzurechnen auf die erlaubte Strafe. Das ist gewiß eine sehr vernünftige Vorschrift, wenn man bedenkt, daß die Untersuchungshaft von jedem Menschen als Strafe empfunden wird, zumal ja auch der Unterschied zwischen Strafe und Untersuchungshaft nicht wesentlich ist.

Die Anrechnung der Untersuchungshaft unterliegt dem freien Ermessen des Gerichts. In den meisten Fällen reden die Gerichte nicht so ohne weiteres die erlaubte Untersuchungshaft an, besonders dann nicht, wenn sich der Angeklagte durch eigene Schuld die Untersuchungshaft verlängert hat. Das wird deshalb sein, wenn ein Angeklagter fortwährend neue Verjährungsanträge oder Gemeinklage auf Zeugenvernehmungen stellt und die Zeugen womöglich monatlang gefücht werden müssen und zum Schlus nicht zu ermitteln sind. Dadurch hat schon mancher Untersuchungsangeklagte seine Sache sehr lange hingezogen und sich vielleicht zu guter Letzt nur gleich getötet. Wo es sich um eine universale lange Untersuchungshaft handelt, wird die Bitte vor Gericht um Anrechnung der Untersuchungshaft wohl selten vergeblich ausgebrochen.

Manch bekannt diente sein, daß auch eine Geldstrafe als die Untersuchungshaft verbüßt gelten kann. Wird die Untersuchungshaft voll angerechnet und dadurch die erlaubte Strafe als verübt erachtet, so darf der Angeklagte nicht etwa gleich im Gerichtssaal freigelassen werden. Der Vorsteher fertigt einen schriftlichen Haftentlassungsbefehl aus, worauf dann die Verwaltung der Strafanstalt den Angeklagten sofort zu entlassen hat.

Der Blick aus dem Zellenfenster.

Vom Flur des Breslauer Landgerichts schreitet unser Blick hinüber zu den Mauern des Untersuchungsgefängnisses mit seinen einzigartigen Fensterreihen. Unter einem Güter bewerben wir das verharrte Gesicht eines Gefangen, der so verneint ist, einmal zum blauen Himmel empor zu schen. Was, das Hinaussehen aus dem Fenster ist nicht erlaubt? Nein, durch die Haftordnung ist jedes Hinaussehen streng verboten. Zugleich ist das Fenster über mannhöch angebracht. Will der Gefangene hinaussehen, dann muß er zuvor auf den Rand seines Bettes steigen, oder er muß sich des Zellenfensters und des Scheitels bedienen.

Es drittes wohl keinen Gefangen geben, der Monate Jahre in der öden Zelle leben könnte, ohne einen Blick aus dem Fenster zu werten. Im Wohlauer Zellengefängnis beispielsweise ist der Ausblick auf die umgebende Landschaft, über weite Felder hinweg sehr schön. Da die nächsten Häusern Beamtewohnungen sind, kann doch ein Blick aus dem Zellenfenster seine Gefahr bringen. Dem Gefangenen erscheint die Natur tausendmal schöner, als allen denen, die ungestraft darin wandeln können. Er wird täglich aus Fenster treten, dann dieser Blick bedeutet im Leben eines Gefangenen ein wahres Leid, das gemischt ist mit der wehmütigen Sehnsucht nach Freiheit.

Es ist eine durch nichts zu rechtfertigende Härte, den Gefangenen das Hinaussehen aus dem Fenster fast unmöglich zu machen. Die Höhe der kleinen Fenster wirkt auch sonst sehr schädlich. Das Licht kann sich nur spärlich durchsetzen und besonders an trübem Tage trotz der Lichtmangel ungünstig auf die Augen des Gefangenen, der arbeiten muß. An und für sich ist schon das Leben in der Zelle nicht danach angelegt, die Gesundheit zu stärken und der Gemütszustand des Gefangenen wird gedrückt. Im kleischlauer Strafanstalt ist man sogar dazu übergegangen, Blenden vor den Zellenfenstern anzubringen. Damit ist der Ausblick des Gefangenen noch mehr beschränkt; es sieht jetzt nur einen kleinen Himmelsstreifen.

* Der Osterverkehr auf der Straßenbahn war ebenfalls sehr stark. Die städtische Straßenbahn hatte am Karfreitag eine Einnahme von 14.695 Mark, gegen 12.852 Mark am Karfreitag des vorigen Jahres. Am ersten Osterfeiertag betragen die Einnahmen 21.084 Mark, gegen 21.003 Mark im Vorjahr, und am zweiten Osterfeiertag 27.751 Mark, gegen 23.016 Mark im Vorjahr. Die Dammschiffse 27.751 Mark, im Oberwasser wurden am Karfreitag und den beiden Osterfeiertagen insgesamt von 18.500 Personen benutzt, im Vorjahr dagegen an den beiden Osterfeiertagen nur von 8.500 Personen. Der Automobilomnibus zwischen Breslau und Carlowitz haben sich an den Osterfeiertagen etwa 2.000 Personen bedient.

* Die Straßenbahn nach Lebusen. In der General-Versammlung der Gräbchen-Elektrischen am Mittwoch wurde unter anderem über die Verlängerung der Straßenbahn nach Lebusen am Scheibeniger Park verhandelt. Wie berichtet wird, erlitten die Unionäre die Verwaltung, keine zu weitgehenden Konzessionen zu machen. Die Bahn sei bisher selbst immer sehr schlecht behandelt worden. Auch habe die Gesellschaft keine Veranlassung, jetzt - 9 Jahre vor der endg. Verstaatlichung - noch große Anwendung zu machen und das Aktiv-Konto zu vergrößern. Hierüber teilte Direktor Kolle mit, daß die Gesellschaft laut Vertrag verpflichtet sei, die Linie bis zur Lebusener Brücke auszubauen. Die Bewohner des Ortes würden aber den Ausbau bis zum Schmiedeberg. Ein derartiges Projekt - nicht auf Kosten der Bahn - liege vor. Die Interessenten würden an die Bahn gern eine Entschädigung zahlen.

* Die Gesundheitsverhältnisse Breslaus im März waren ungünstig. Geboren wurden 600 Knaben und 520 Mädchen, zusammen 1120 Kinder, davon 269 unehelich. Es starben 812 Personen gegen 775 im Februar; 418 waren männlich, 394 weiblich. Die Kindersterblichkeit hat bedeutend zugenommen; es starben 207 Säuglinge gegen 188 im Vorjahr. Breslau steht mit seiner Gesamsterblichkeit von 19,4 auf 1000 Einwohner mit an letzter Stelle unter den 126 Orten mit mehr als 40.000 Einwohnern. Die Sterbefälle an Lungenerkrankungen gingen etwas zurück (98 gegen 120 im Februar), an Entzündung der Luftwege starben dagegen 147 Personen, im Vorjahr 128. In den öffentlichen Krankenhäusern waren Anfang März 8705 Kranken, am Ende 8448.

* Warnung vor einem Schwabler! Ein angeblicher Schriftsteller Leo Wolff ist im Besitz der Bezeichnung eines Urteils, daß er durch eine Schwablersauskunft arbeitsunfähig sei. Unter dem Vorzeichen, er müsse dieses Zeugnis einer Berliner Firma für die er schriftlich lädt, zur Verhütung seiner Entlassung vorlegen und eine Haftstrafe aussuchen, hat Wolff, der sich auch Kurt v. A. unterzeichnete, mehrere Juristen und Schriftsteller Beiträge bis zu 10 Mark abgeschickt. Der Betrüger ist etwa 40 Jahre alt, 1,70 Meter groß, kräftig, barfuß, hat lachendes Gesicht, hohe Stirn, blaue Augen, große schwarze Haare, breites Kinn und spricht hochdeutsch. Er trug zuletzt schwarzen Mantel.

Neueste Nachrichten.

Kriegerische Stimmung gegen Mexiko.

Washington, 16. April. Die Regierung erließ eine amliche Erklärung, worin sie ausdrückt: Die wiederholten Übergriffe Mexikos, die man sich seinem Vertreter einer anderen Macht gegenüber erlaubte, hätten notwendiger Weise den Eindruck hervorgerufen, daß gerade die Vereinigten Staaten für die Kundgebungen, die von diesem Willen und von Geringsschätzung zeugen, herausgegriffen worden seien. Die mexikanische Regierung würde, wenn ihr die ernste Wirkung der sich häufenden Zwischenfälle deutlich gemacht werde, einsehen, daß es schließlich und notwendig ist, solche Beweise von ihrem Wunsche, diese Vorfälle zu missbilligen und wieder gut zu machen, zu geben, die nicht nur die Vereinigten Staaten befriedigen, sondern auch der übrigen Welt zeigen würden, daß sie ihre Haltung völlig änderte.

Washington, 16. April. Die energische Haltung der Bundesregierung Querta gegenüber findet den ungeteilten Beifall des ganzen Landes. (?) Die Mitglieder des Kongresses lieben Präsident Wilson wissen, daß der Kongress geschlossen hinter ihm stehe, falls sich kriegerische Maßnahmen gegen die mexikanische Regierung notwendig machen sollten.

Hampton Roads, 16. April. Das Flaggschiff des für Tampico bestimmten Geschwaders, das Linienschiff "Atlanta", ist gestern mittag unter begeisterten Kundgebungen einer zahlreichen Volksmenge mit Konteradmiral Badger an Bord nach Tampico abgegangen. Die Ankunft des atlantischen Geschwaders vor Tampico wird am Montag erwartet.

New York, 16. April. Die Regierung heuerte den Dampfer "Esperanza" in Veracruz und schickte ihn nach Galveston zum Zwecke des Truppentransports. Inoffiziell wird bekannt gegeben, daß mexikanische Soldaten vorgestern einen amerikanischen Seefotolden in Tampico festnahmen, der die Post jahrs holte. Die Stimmung in Washington ist kriegerisch. Das Marineamt der Vereinigten Staaten bereitet eine Flottendemonstration auch an der pazifischen Küste Mexikos vor.

Deutsche Offiziere in Luxemburg verhaftet?

Luxemburg, 18. April. Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung dreier angeblich deutscher Offiziere. Die Deutschen, die sich in Zivil befanden, gingen durch die Straßen Luxemburgs spazieren. Einer von ihnen, der offenbar trunken war, hat angeblich vorübergehende Polizeibeamte "Civilpact" genannt. Auf den Protest der Beamten zog einer der Deutschen einen Revolver und bedrohte die Beamten. Die Polizei verhaftete darauf die drei Deutschen. Hierbei nannte der eine inmitten der Polizeibeamten "Civilpact, das entfernt werden muß".

Die ruinierte Unschuldige!

Düsseldorf, 16. April. Die neue Verhandlung gegen die Witwe Hamm soll nicht in der in diesem Monat beim Landgericht Elberfeld beginnenden Schwurgerichtsperiode stattfinden, sondern erst später im Juni. Der Gesundheitszustand der Frau Hamm ist gegenwärtig so schlecht, daß ihre Verhandlungsschlächtigkeit in Frage gestellt ist. Die Sache der zwei Arbeiter Hinsamp und Kielhorn, die jetzt des Totschlags an dem Manne der Frau Hamm verdächtig sind, wird voraussichtlich auch im Juni verhandelt werden.

Die Wahlen in Schweden.

Stockholm, 16. April. Es liegen die Ergebnisse aus sechs weiteren Wahlkreisen vor. Bislang wurden gewählt 48 Mitglieder der Rechten, 41 Sozialdemokraten und 27 Liberale. Die Rechten gewinnt zehn und verliert einen, die Sozialdemokraten gewinnen fünf und verlieren zwei, die Liberalen verlieren zwölf Sitze.

Der Sieger im Monaco-Sternflug.

Paris, 16. April. Der Aviaffler Roland Garros schafft im Sternfluge nach Monaco die beiden ersten Preise.

Furchtbarer Wirbelsturm.

Lisabon, 16. April. Ein hier eingelaufenes Telegramm besagt, daß ein furchtbarer Wirbelsturm den Hafen von Amóni (Insel im Indischen Ozean) zerstört hat, und zwar in dem Gelände, das der Nassa-Kompanie gehört. Zahlreiche Eingeborene sind getötet und verletzt worden. Von den Europäern wurde glücklicherweise niemand verletzt, doch sind zahlreiche Wohnstätten vom Wirbelwind so stark beschädigt worden, daß die Europäer nach überzufiedeln gezwungen sind.

Deutschfeindliche Kundgebungen im Theater.

Wien, 16. April. Aus Esseg wird gemeldet: Gestern abend kam es im biesten Theater zu stürmischen Demonstrationen gegen eine deutsche Schauspielertruppe. Viele kroatische Studenten hatten schon vor Beginn der Vorstellung die Galerie besetzt. Als der Vorhang in die Höhe ging, erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm und die Bühne wurde mit faulen Steinen und Obst bombardiert. Erst ein zahlreiches Polizeiaufgebot konnte die Ruhe wiederherstellen. 16 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Ministerbesprechungen.

Budapest, 16. April. "West-Hitlap" erfährt aus Abbazia, daß die beiden Staatsmänner bei ihren Konferenzen auch die albanische Frage berücksichtigt haben; ferner, daß der Plan besteht, einen neuen Mittelmeervertrag abzuschließen. Italien will, damit es seinen Plan betreffs des Mittelmeeres durchführen könne, genüge Garantien in einem neuen Vertrag als Anhang zum Dreibundvertrage festzulegen wissen. In diesem Vertrag würden alle auf die Mittelmeerfrage die italienischen Bestimmungen niedergelegt werden. Der Vertrag soll sowohl vom österreichisch-ungarischen wie auch vom italienischen Standpunkte von großer Wichtigkeit sein.

Ein neuer Albanestaat?

Tarazzo, 16. April. Hier angekommene Bergbewohner erklären, daß sich im äußersten Nordosten Albaniens zwischen dem weißen Drin und der montenegrinischen Grenze ein neuer Staat (1) gebildet hätte. Die Hauptstadt dieses Staates ist Kochane und der erste Präsident ein gewisser Arif Velji. Bei Verlust über eine Armee von 200 Gendarmen, die mit 8 Pfund monatlich bezahlt werden. — Große Besorgnis erregt bei den christlichen Albaniern das Abdankungsversuch des Kubinettsmitgliedes Adamidis, da auf diese Weise das Stadion des Fürsten von Albanien noch türkischer und mithin reaktionärer wird.

Brieftafeln.

E. 29. M. 189. Besoeren Sie ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dienstherrn. Zu läschen haben Sie nichts.

S. 3. 16. 1. Die Ergänzungsteuer wird nach bestimmten Sätzen erhoben. 2. 68,20 M. beträgt die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von 120 000 bis 180 000 M. 2. Diese ist nach dem Betrag ganz verschwindet, es dienten etwa 1200 bis 1500 M. in Frage kommen.

A. 29. M. 189. Kostenlos ist ein ärztliches Zeugnis und schicken Sie das an den Dien

Theater, Konzerte und Vergnügungen:

* Stadt-Theater. Heute wird als 2. Vorstellung im Wagnerzyklus "Der fliegende Holländer" gegeben. Freitag wird nach langer Pause zu ermäßelten Preisen Verdis "Macbeth" in den Spielplan aufgenommen. Den Macbeth selbst singt Siegmund Heder. Ein Sonnabend erscheint Puccinis Oper "Das Mädchen aus dem goldenen Westen" zum letzten Male in dieser Saison auf dem Spielplan. Mit dieser Aufführung haben alle Abonnenten des Stadtheaters diese Novität lernen gelernt. Sonntag vorsätzlich um 8 Uhr zu gewöhnlichen Kassenpreisen "Pariser".

Heute Donnerstag findet die Ausgabe der vorbestellten Eintrittskarten für die Aufführung von "Paris" am Sonntag, den 19. April, wie üblich an der Tagesschule von 8-5 Uhr nachmittags statt.

Herr Kammersänger Blaschke hat wegen plötzlich eingetreterner Heiserkeit sein Gastspiel in letzter Stunde abgesagt müssen. Es ist der Intendant gelungen, für die Partie des "Fliegenden Holländers" in Herrn Hosovernänger Johann Wisskoff von der Königlichen Hofoper in Berlin einen gleichwertigen Ersatz zu finden.

* Ringkämpfe im Zeltgarten. Als erstes Paar rannten am Mittwoch der Unbekannte mit der Maske gegen Althöhl-Breslau. Der Kampf musste nach 20 Minuten als unentschieden abgebrochen werden. Dann traten sich Reinhold Baer und Karo Ali gegenüber. Baer besiegte den Türken schon nach 5 Minuten. Als drittes Paar rannten Multon gegen Schmidt. Auch dieser Kampf blieb nach 20 Minuten unentschieden. Heute abend ringen der Unbekannte mit der Maske gegen Uefone; im Entscheidungskampf Deutsch gegen Althöhl und Baer gegen Schmidt.

Außerdem ist der den Ringkämpfen vorangehende Varieté teil vollständig neu, u. a. Kapitän Meweste, Kratzhongleur, Kerkert mit seinen sechs enigmatischen Kopterrätseln, Paula der Affe als Universitätsleiter, Mag. Normann als Meister-Mezikator und der sonstige neue Solotell und Burleske.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Der Neidhammel.

Unser Jahresbericht hat es der "Schlesischen Morgenzeitung" angehängt, und fröhlich unterbreitet sie ihnen wenigen Distanz die Runde, daß der Sozialdemokratische Verein Breslau (Land)-Neumarkt, trotz des großen Erfolges in der roten Woche, immer noch einen Vorwurf von sechs Mitgliedern zu verzeichnen hat. Damit ist nach ihrer Meinung Klipp und klar bewiesen, daß die stärkste sozialdemokratische Partei an Mitgliedschaft leidet. Das gerade die konservative Presse diese Behauptung aufstellt, ist späzig, wenn man bedenkt, welche Anstrengungen die konservative Partei aufwendet, um überhaupt ihre Mitglieder zu halten. Das ganze Blättchen selbst wäre schon längst gestorben, wenn nicht in den Dörfern so mancher Leiter nur aus Angst vor dem Terror der Gutsverhältnisse, Behörden usw. auf die Zeitung abonniert hätte. Hat doch die "Schlesische Morgenzeitung" in ihrem ganzen Verbreitungsgebiet knapp so viel Leser, als der Landkreis Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins.

Möglich erst hat in Berlin ein konservativer Rechtsanwalt mit Namen Ulrich ein Präzedenzurteil veröffentlicht, wonach sich "nationale" Leute melden sollen. Die sollten dann eine kräftige "blanke" Woche für die konservative Partei heranstalten, um den Mitgliedsstand etwas aufzufüllen. Der Herr Rechtsanwalt, als langjähriger Vorsitzender, wetz aus eigener Erfahrung, daß sich in seiner Partei kein freiwilliger Agitator, wie sie glücklicherweise der sozialdemokratische Verein im Landkreise zu hunderten hat, die Mühe geben wird, neue Mitglieder zu werben. Daher gab er für jeden Kopf eine

Prämie von 1,50 Mark. Die Partei ist am Ende ihrer Kraft, die zu solchen Mähzen ihre Lustsucht nähmen mag. Leiderlos können wir unseren klauen Freunden verraten, daß wir alles daran setzen, um überrechte Zahlen aufzuführen zu können. Trotz Quäl und Peß, trotz Büttel und Verfolgung durch preußische Gerichte, wie schämen wir uns, trotz allem. Und nun werden die kontravalenten Parteilandesgruppen auf die hohe "sozialdemokratische Partei ist sie" hinweisen. Nun, die Beiträge der Algerier sind auch nicht zu verachten. Der Unterschied ist mir, daß der Arbeiter gern und freudig für seine politische Überzeugung opfert, aus seinem Willen. Die Beiträge der Konservativen aber sind vornehmlicher Lohn von Höflichkeit, Arbeitern und deren Frauen, oder aber Erledigungen der gesetzlich geschützten Liebesgaben für notleidende Algerier!?

Schließlich aber muß unsere Freudein wehmäßig zugeben, daß unsere Partei eine musterhafte Organisation hat, die modernen Konservativen zur Nachahmung empfehlen könnte. Leider wird dieser Gedanke wohl nur ein schöner Traum bleiben. Unsere Partei fühlt sich auf Ideal. Das freie Menschenrecht und die Bruderliebe ist ihre Grundlage. Gerechtigkeit fließt den festen Bau. Daraus sind wir stark und werden immer mächtiger. Ungerechtigkeit, Habgut und Niederracht aber sind die "Idee" unserer Gegner, und die können freilich keinen ansständigen Menschen begeistern.

* * *

Stabelwitz. Immer wieder der alte Schleuderan. Durch ungeschulte Göpelwerke und ungedeckte Brunnen sind schon viele Menschenleben vernichtet worden. Namentlich Kinder fallen dieser fehlerhaften Nachlässigkeit fortwährend zum Opfer. Wegen jahrlänger Tötung stand am Mittwoch die Landwirtin Eva Bräuerin geborene Haase aus Stabelwitz vor der Breslauer brutalen Strafammer. Mit ihr hatte sich unter der gleichen Beschuldigung den Viechärtsteller Otto Reichel, ebenfalls aus Stabelwitz, zu verantworten. Am 27. Dezember vorläufig dieses vor das siebenjährige Töchterchen der Angeklagten der ungefährliche Welle des sich im Berichte befindlichen Göpels zu nahe gekommen. Die Schärfe des Kindes versiegte sich und die kleine wurde so eingeschlemmt, daß sie schwere Knorpelentzündung und innere Verlehrungen erlitt, an deren Folgen das Mädchen einige Tage später in einem Breslauer Krankenhaus starb.

Durch die amtliche Untersuchung ist festgestellt worden, daß schott zu Lebzeiten des Mannes der Angeklagten — der vor mehreren Jahren gestorben ist — die tragische Göpelwelle ohne die vorausgehende Hölzerleidung gewesen ist. Seitdem die Angeklagte die Landwirtschaft selbst leitet, hat sie nie darauf gedacht, die Welle verhindern zu lassen. Frau Bräuerin ist für ihre Nachlässigkeit durch den Verlust des Kindes schwer gestrafft worden. Obenrum erhob die Staatsanwaltschaft gegen sie und den mit verantwortlichen Geschäftsführer Reichel eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung. Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Mandolf, wies mit Recht darauf hin, daß schon unzählige Warnungen hinsichtlich der hier vorliegenden Nachlässigkeit in der Presse erschienen sind. Aber umgekehrt dessen haben sich die Gerichte immer wieder mit solch traurigen Fällen zu beschäftigen. Eine Gefangenstrafe von je einem Monat beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagten. Das Gericht zog Strafmildernd in Erwägung, daß die Angeklagte ihr Kind durch das Unglück verloren hat, weshalb nur eine Woche Gefangen als ausreichende Sühne erachtet wurde. Die eldliche Strafe erhält Reichel zuverstain.

Um der Urteilsbegleitungsfrage brachte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Heller, zum Ausdruck, daß dieser Fall eine ernste Mahnung bedeute, für alle die Väter, denen solche Unbedenklichkeiten durchaus keine Strümpfe verursachen, und die sich erst zu einer Vorfestigung entschließen, wenn ein Mensch sein Leben dadurch einbüßt. — Nutzt wir stehen nicht an, diese Mahnung zu

unterstreichen. Heilisch will es auch Seite der geschilderten Fälle hören sein, nicht bloß schöne Wörterungen beweist zu geben, sondern die Revolutionsnachrichten zu betreiben. Es gibt leider immer noch Menschen — auch im Breslauer Landkreis — die erst ein Strafmandat erhalten müssen, bevor sie sich zu technischen Schutzmaßregeln entschließen.

Carlowitz. Verstorben ist im Augusta-Hospital der 83jährige Schlosserjohann, der am 14. d. M. auf der Hundsfelder Brücke vor einem Kraftwagen überfahren worden ist und einen Schädelbruch erlitten hatte.

Obere Theater.

"Was ihr wollt."

Als letzte Klassierungaufführung zu Ende gehenden Spielzeit brachte die Zeitung unserer Schauspielbühnen das Shakespear'sche Stück "Was ihr wollt" oder "Der Dreiflügellobend" heraus. Von den reichen Schätzen des großen Briten ist dieses Stück, das wir doch in den letzten Jahren wiederholt aufgeführt haben. Man hat den Einbruck, als ob in der Zeitung unserer Schauspielbühnen der Zusatz entscheidet was gespielt wird. Oder liegt der Grund tiefer? Sind es die teuren — wenn auch nur ausgewählten — historischen Kostüme, die ein getrocknetes Wörtchen bei der Wahl der Stücke mitprächen? Ein beratiger Zusatz wäre für die einzige Schauspielbühne einer Großstadt wie Breslau schwachvoll. Da möchte die Stadt tiefer in den Adel greifen, andererseits um aber auch ein anderes Programm aufzustellen werden.

Die Zeitung hat die hervorragend tüchtigen Kräfte, über die sie in dieser Spielzeit verfügte, garnicht voll ausgenutzt. Das ist natürlich nur im künstlerischen Sinne gemeint; sind doch einzelne Darsteller, wie Gel. v. Helling, so intensiv herangegangen worden, daß man sich darüber, daß sie nicht darunter zusammenbrach.

Die unter der Leitung des Herrn Dr. Meyer eingespielte Aufführung, nach den Angaben des Münchener Regisseur Kistan auf der neuen "Münchener Shakespeare Bühne", war im Ganzen recht nett. Die etwas durb gehaltene Holzschnitterin entspricht ganz dem berbaren Milieu der Shakespearischen Zeit. Was natürlich leicht dazu verführt, daß jener frische urwüchsige Humor leicht zu missverstehen ist. Ein beratiger Zusatz wäre für die einzige Schauspielbühne einer Großstadt wie Breslau schwachvoll. Da möchte die Stadt tiefer in den Adel greifen, andererseits um aber auch ein anderes Programm aufzustellen. Die Leitung hat die hervorragend tüchtigen Kräfte, über die sie in dieser Spielzeit verfügte, garnicht voll ausgenutzt. Das ist natürlich nur im künstlerischen Sinne gemeint; sind doch einzelne Darsteller, wie Gel. v. Helling, so intensiv herangegangen worden, daß man sich darüber, daß sie nicht darunter zusammenbrach.

Die unter der Leitung des Herrn Dr. Meyer eingespielte Aufführung, nach den Angaben des Münchener Regisseur Kistan auf der neuen "Münchener Shakespeare Bühne", war im Ganzen recht nett. Die etwas durb gehaltene Holzschnitterin entspricht ganz dem berbaren Milieu der Shakespearischen Zeit. Was natürlich leicht dazu verführt, daß jener frische urwüchsige Humor leicht zu missverstehen ist. Ein beratiger Zusatz wäre für die einzige Schauspielbühne einer Großstadt wie Breslau schwachvoll. Da möchte die Stadt tiefer in den Adel greifen, andererseits um aber auch ein anderes Programm aufzustellen.

Die unter der Leitung des Herrn Dr. Meyer eingespielte Aufführung, nach den Angaben des Münchener Regisseur Kistan auf der neuen "Münchener Shakespeare Bühne", war im Ganzen recht nett. Die etwas durb gehaltene Holzschnitterin entspricht ganz dem berbaren Milieu der Shakespearischen Zeit. Was natürlich leicht dazu verführt, daß jener frische urwüchsige Humor leicht zu missverstehen ist. Ein beratiger Zusatz wäre für die einzige Schauspielbühne einer Großstadt wie Breslau schwachvoll. Da möchte die Stadt tiefer in den Adel greifen, andererseits um aber auch ein anderes Programm aufzustellen.

Die unter der Leitung des Herrn Dr. Meyer eingespielte Aufführung, nach den Angaben des Münchener Regisseur Kistan auf der neuen "Münchener Shakespeare Bühne", war im Ganzen recht nett. Die etwas durb gehaltene Holzschnitterin entspricht ganz dem berbaren Milieu der Shakespearischen Zeit. Was natürlich leicht dazu verführt, daß jener frische urwüchsige Humor leicht zu missverstehen ist. Ein beratiger Zusatz wäre für die einzige Schauspielbühne einer Großstadt wie Breslau schwachvoll. Da möchte die Stadt tiefer in den Adel greifen, andererseits um aber auch ein anderes Programm aufzustellen.

Versammlungen und Vereine.

Jäger. Soz. Frauenabt. Donnerstag abend 8 Uhr im Adler.

Geschäftliches.

Für blutarme Kinder und bleichsüchtige junge Mädchen gilt die Ernährung mit Milch als sehr zweckmäßig; für viele aber ist reine Milch schwer verdaulich, andern widersteht sie. Beside Schwierigkeiten überwindet man erfolgreich durch Zusatz von "Kusele". Dieses verdautzte Nährmittel wirkt zugleich appetitoanreend, kräftigend und verdauungsfördernd.

2725

KNORR

Schon die dritte Generation Jung-Deutschlands
gedeihlt ausgezeichnet bei

Knorr = Hafermehl.

353 L.

Das Paket kostet nur 30 Pf.

Fortsetzung des Breslauer Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Kaufhaus „Adler“ fürchen, Schloßstr. 22. (Grüne Markt). Kaufh. Ann., Gabitzstraße 59. **Kaufh. Julius Friedländer**, Friedstr. 76. **Kaufh. Friedländer**, Friedstr. 137. **Kaufh. Strehler** Friedl. Hubenstr. 51. **Kaufhaus Westend**, Frankfurterstr. 60. **Zimmerling, Herm.**, Ecke Bismarckstr. 23.

Uhren und Goldwaren

Datum, Hugo, Lauenstrasse 156.

Frenzel, Friedl. Wilhelmstr. 59, neben Deutscher Kaiser.

Henschel, Johannes, Lehndamm 48.

Wolte, Schmiedebrücke 27, billigste Preise.

Wäsche, Trikotagen

Sackl, A., Lauenstrasse 173.

Sackl, V., Sacklmarkt 8, Markt 1, Gt. 408.

Bangier, Carl, Friedl. Wilhelmstr. 21.

Wolz, M., Ring 60, Fried. Oberstr. 1, 5888.

Gütag, W., Jr., Schellingstr. 14, Tel. 10304.

Oto Weinert, Marktalle 11, Tel. 7712.

Friedländer, G., Sonnenstr. 10 (Babylonia).

Hauschner, Fr., Gräbenstr. 1.

Gebel, J., Gräbchenstr. 68, Bitterstr. 19.

Gebel, G., Matzlsdorf 129, Matzlsdorf 11.

Friedländer, A., Herrenstr. 80 (10%).

Reinhardt, Paul, Käp. Magdalenenstr. 1.

Eckholz, Georg, Schönstrasse 19.

Schemann, M., Schönstr. 5, II. Nähe Kleiststr. (5%).

Wolte, M., Auguststr. 5/6.

Schmid, Max, Friedl. Wilhelmstr. 14, v. Wohl.

Gebel, W., Jr., Bitterstr. 14, v. Wohl.

Gebel, W., Friedl. Wilhelmstr. 14, v. Wohl.

Achtung, Maurer und Zimmerer! In Ohlau und Beuthen wied haben die Maurer und Zimmerer ausgesperrt. Die Organisationsleistungen haben hierauf den leichten Mann bei den Unternehmern herausgeholt. Vor Zugang nach diesen beiden Orten wird gewarnt.

Ausstand der Weberarbeiter in Neumarkt. Die Arbeiter der Seidenfabrik von Kuschwitz sind in den Streik getreten. Nachdem im Juni 1918 abgeschlossenen Tarife erhalten die Arbeiter an allen Sonnabenden vor den drei hl. Festen schon um 4 Uhr Feierabend, jedoch bei voller Lohnzahlung von 50 Stunden. Diesmal gab es nicht. — Als am dritten Feiertage die Arbeit wieder aufgenommen wurde, ersuchten die Arbeiter in hoffischer Form um Nachzahlung ihrer am Ostermontag zurückbehaltenen zwei Stunden. Der Besucher weigerte sich ganz entschieden. Er bemerkte: „Wer geht, ist entlassen.“ Als keine Einigung erzielt wurde, legten alle 21 Männer die Arbeit nieder. Die Firma gibt sich als Willkür, Streikbrecher heranziehen. Auch im „Neumarkter Angelger“ sucht sie Arbeiter bei hohem Lohn. Wie die Verhältnisse bei der Firma sind, wissen die Neumarkter Arbeiter selbst. Vor Zugang oder Annahme von Arbeit bei Kuschwitz wird also streng gewarnt.

Deutsches Reich und Ausland.

Streik der Berliner Autodroschkenführer. Der Streik, der in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung beschlossen wurde, erstreckt sich nur auf einige kleine Betriebe, in denen bisher höhere Löhne bezahlt wurden als bei den großen Unternehmen. Heute wollen die kleinen Arbeitgeber diese Löhne reduzieren und deshalb sind bei ihnen die Chauffeure in den Streik getreten.

Achtung, Optiker und Mechaniker! Die Firma Hahn, Altkirchergesellschaft für Mechanik und Optik in Kassel-Jülichhausen sucht fortwährend in den verschiedenen Fachzeitschriften und in der Presse Feinmechaniker, Optiker, Dreher usw. für dauernde und lohnende Beschäftigung. Mancher hat sich auf das Verlöschende dieser Interesse hin dazu verleitet lassen, seine vielleicht halbwerts sichere Stellung aufzugeben, um bei der Firma Hahn in Arbeit zu treten. Weilts schon nach vierzehn Tagen muss der also Verleitete die üble Erfahrung machen, daß es mit der gesuchten Lebensstellung ein Ende hat. Die Arbeiter, die auf die Interesse der Firma hin sich um die Stellung beworben, tun gut daran, bevor sie eine solche definitiv annehmen, sich zuerst bei der zuständigen Organisation zu erkundigen.

Die Aussperrung der Pfasterer in Rheinland und Westfalen konnte erfolgreich für die Arbeiter beendet werden. Kurz vor den Feiertagen wandte sich die Unternehmerorganisation selber an den Verband der Steiniger mit der Anfrage, ob er bereit sei, noch vor Ostern an Verhandlungen teilzunehmen. Im Osterfeiertag haben dann Verhandlungen in Bochum stattgefunden, die zu dem Resultat führten, daß alle Verhandlungen, die der christliche Tarif für die Arbeiter im Gefolge gebracht hätte, als bestätigt wurden, so daß zum Teil unjunior hohe Arbeitspensum, von dem selbst viele Unternehmer erklärten, daß es zu hoch sei; weiter wurde die Einführung der Allordarbeit zurückgezogen, eine Verbesserung der Bestimmungen über die Junggesellen erzielt, besgleichen über die Lohnzahlungen u. a. Der Verband der Steiniger hat weiter damit durchsetzt, daß mit den Christlichen ein gemeinsamer Tarif abgeschlossen wurde, sondern daß diese, entsprechend ihrer wirklichen Bedeutung, nur einen Nebentarif erhalten.

Achtung, Automobilarbeiter! In den Automotoren der Firmen Reutter und Kuet in Stuttgart stehen sämtliche Arbeiter im Streik. Ebenso wird in der Fahrzeugfabrik in Heilbronn, in Drauz' Karosserieverken in Heilbronn und in den Karosserieverken in Weinsberg gestreikt. Ginge es um Tarifverhandlungen bei den bestreiten Firmen haben sich zahlreiche Unternehmer, unter dem Einfluss des Metallindustriellen-Verbandes stehend, keine Augeständnisse machen. Die Unternehmer suchen durch den Arbeitsnachschub des Metall-Industriellen und auch unter Chiffet durch Ausschreibung von Meisterstellen besonders Tätiler als Streikbrecher. Die Arbeiter werden daher gewarnt, auf diese Interesse hinzugekommen. Nach den genannten Orten ist Zugang streng zu verhindern.

Achtung, Fliesenleger! Von der Sektion der Fliesenleger des Bauarbeiterverbandes in Halle a. S. ist über die Firmen Richard Wolf und Kurt Stroßer & Co. die Spurte verhängt worden. Die Firmen wollen sich den Forderungen des Verbands auf Befreiung des Zwischenmeistersystems nicht fügen. Da sich der Unternehmerverband für das Baugewerbe in die Differenzen hineingemischt hat, wird er sich auch mit besonderem Nachdruck die Vermittlung von Streikbrechern angelegen sein lassen. Gekr. deshalb kein Fliesenleger nach Halle!

einige andere Soldaten entwaffnet und abschaffen lassen. Der Kahn, den die Fischer auf der verhängnisvollen Fahrt benutzten, befindet sich vorläufig in Verhakung der preußischen Grenzpolizei, die ihn behalten wird, bis der Vorfall von beiden Seiten offiziell geklärt ist. Das Fahrzeug steht unter dem Rande mehrere Löcher auf, die von den Angeln herstammen, ein Beweis, wie groß die Gefahr war, in der die Fischer schwieben.

Derartige Ausschreitungen sind leider bei der Gleichgültigkeit der deutschen Behörden gegen solche Übergriffe und bei der übermütigen Rohheit der russischen Grenzlosen nichts Seltenes.

Auch eine „Erinnerung“ an den Balkanrieg.

Eine große Anzahl Soldaten vom 14. Regiment ist im australisch-serbischen Kriege spurlos verschwunden. Man reklamierte diese bei den Bulgaren als Gefangene, dort wußte aber niemand von ihnen. Infolge einer Überschwemmung ist man nun bei Radovis auf eine fruchtbare Erde gekommen. Das Wasser schwemmte dort die Erde weg, und dadurch sind jetzt über 400 Soldaten, die zum Vorschein gekommen waren, die nach der Ausrichtung zu erteilen, zum 14. Regiment gehören.

Solcherart sind die „schönen Erinnerungen“ der sinnlosen Menschenräuber.

Wenn ausländische Arbeiter einem das Brot stehlen.

Im Militärlager von Coquibam bei Orient (Frankreich) es zu ersten Zusammenträßen zwischen französischen und italienischen Arbeitern. Die bei den Baulen im Lager beschäftigten französischen Arbeiter verweigerten zahlreiche Ruhestörungen, weil der Unternehmer auch Italiener angeworben hatte. Die Franzosen verlangten die Entlassung der Italiener und drohten diese, sich in die Kantine zu flüchten. Von der Militärbehörde wurde eine Militärabteilung zum Schutz der Italiener aufgestellt. Die Franzosen drohten trotzdem in die Kantine ein und bewarben die Italiener mit Steinen. Die Italiener flüchteten nach dem Bahnhof und kehrten unter Verwünschungen und Verwünschungen der Franzosen ab.

Ein rätselhafter Augenfall.

Gestern abend erschien auf der Poststelle 79 an der Linie von Bielitz bei Weißwasser ein junger Mann, der mit lädiertem Gesicht erschien, das seine Nase vom Zuge übersehen zu haben schien. Ein Spiegelung, den die beiden jungen Männer gemeinsam untersuchten, und das sie bis

über den Zustand der Fabrikarbeiter in Mazowschen werden folgende Einzelheiten bekannt: Um 9. April erklärten sich 15 000 Arbeiter in Rawalla für den Ausstand, dem sich bald 4000 Arbeiter in Drama, 4000 in Bracow und 8000 in Saloniiki anschlossen. Die Arbeiter fordern eine Lohnhöhung, vermindernd Arbeitszeit und ferner die Verpflichtung für die Arbeitgeber, nur der Gewerkschaft angehörige Arbeiter einzustellen, sowie das Recht der Inspektion der Werkstätten durch Vertreter der Gewerkschaft. Die Arbeitgeber sind bereit, die beiden ersten Forderungen zu erfüllen, lehnen aber die anderen ab.

In Saloniki kam es zu Zusammenträßen mit Arbeit willigen. Abgesehen von diesen unbedeutenden Zwischenfällen herrschte vollkommene Ordnung. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, die bisher in Rawalla stattfanden, sind nach Saloniki verlegt worden. Man fürchtet, daß sie abgebrochen werden.

Schlesien und Posen.

Zu der Militärtragödie in Neisse,

welche durch die Regierung eine nur sehr lädierte Auflösung erfahren hat — siehe die Neuesten Nachrichten unserer geliebten Nummer — macht die „Wresl. Zeitung“, welche die ersten Einzelheiten über den Verlauf des blutigen Dramas veröffentlicht, folgende Bemerkung:

„Bei dem Vorgange des „Bespritzens“ der Burischen im Bette war es im Zimmer keinesfalls so finster, daß die Burischen den General nicht erkannt hätten, denn das Kammermädchen begleitete ja den General mit einer Lampe. Das Zimmer war also beleuchtet. Keiner ist erledigt, daß das Mädchen zweimal vorher die Burischen geweckt und zur Wacht bekommen hatte, sie kamen sofort. Man wird also die Regierungserklärung, die Burischen hätten im Schred oder Schlafzimmer auf den General, in Unkenntnis seiner Person, eingeschlagen, nicht so ohne weiteres als überzeugungsfähig ansehen können. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß es doch wohl anderte, ganz andere und gewaltige Gründe gewesen sein müssen, die die Burischen zu ihrem ungeheurelichen Vorgehen gegen ihren General veranlaßt haben, und daß des Bespritzens mit dem Wasser sozusagen nur der Trost war, der das volle Faß — in diesem Falle die seit langem ausgeschichtete und genährte Unzufriedenheit, die Wit und den Hass der Burischen — zum Ueberlaufen brachte. Viel näher hätte uns die Regierungsbemerkung dem Verständnis der ganzen Affäre gebracht, wenn sie auf den Hauptpunkt der Erzählerischen Anfrage nämlich, wieviel Burischen der General Bespritzt, hätte. Es ist ja allerdings die allerhöchste Strafe, die Burischen getragen sei, obwohl eine solche wegen des Antriffs auf den General nach Lage der Tache und dem Ergebnis höchstens die kriegsgerichtlichen Untersuchung nicht sicher zu erwarten stand. Wir nehmen es als ziemlich sicher hin, daß die beiden Burischen nachdem sie sich in so unerhörter Weise an ihrem General vergriffen hatten. Wir hätten doch das vorausgeschriebene Strafgericht sehen mögen, daß zwei Burischen, die mit Alt und Tabel auf einen General einschlagen, eine leichte Strafe immer noch eine leichte Strafe in den Augen eines Militärgerichts. Von den übrigen Ausführungen der Regierungsbemerkung interessiert nur noch die Feststellung, daß zu einem Einschreiten gegen irgend jemanden auf Grund der gerichtlichen Untersuchung nicht der geringste Anlaß gegeben ist. Es scheint demnach, daß nicht nur der General allein bei der Untersuchung über Schuldf und Gültige der Vorgänge in Betracht gekommen ist, sondern daß man auch andere Spuren verfolgt hat.“

Auch wir sind der Ansicht, daß die Beratung des Militärs Gelegenheit zu etwas genaueren Fragen und Antworten geben dürfte.

Die ganze Darstellung ist offensichtlich darauf berechnet, alles in schönster Ordnung erscheinen zu lassen. Kein Mensch wird glauben, daß sich ein paar junge kräftige Menschen das Leben nehmen aus Gram oder Furcht vor ein paar Tagen Arrest, ebenso wenig wie diephantastische Erzählung Gläubern finden

ausdehnte, batten sie die Richtung verloren. Sie waren auf ein Eisenbahngleis gekommen, woher keine Kugine, eine Gräulein Elsie Müller, von einem vorüberfahrenden Zuge überfahren und getötet worden sei, während er selbst mit leichteren Verletzungen davonkam. Er erklärte, Deutscher zu sein und Bruno Müller zu heißen. Der Polizei, die sich sofort auf die Suche nach dem Leichnam der Verunglückten machte, erschienen die näheren Umstände dieser Angelegenheit jedoch so verdächtig, daß sie den Bruno Müller sofort in Haft nahm.

Der Mörder-Millionär Thaw frei.

Der tollste Dollar hat in der amerikanischen Justiz wieder einmal seine Wirkung ausgeübt. Aus New York wird gemeldet: Harry Thaw, der letzte Herold aus der Verbrecherirrenanstalt Matteawan in Sprungene Mörder Stanford White, errang im Kampf um seine Freiheit einen vorläufigen Sieg. Richter Aldrich bestätigte das von den Amalians Thaws eingeleitete habeas-Corpus-Befahren beim Bundesgericht zu Concord in New Hampshire. Aldrich erklärte aber, daß er die Freilassungssorder erst unterzeichnete werde, nachdem Arrangement geschlossen seien, um den Fall Thaw auf dem Befreiungswege vor das Oberbundesgericht zu bringen. Es war übrigens eine längst beschlossene Sache, den Fall vor das Oberbundesgericht zu bringen, gleichviel wie die Entscheidung aussagen würde.

Wie die Entscheidung des Oberbundesgerichts aussagen wird, ist nicht zweifelhaft. Dieses Gericht steht völlig unter dem Einfluß des hier skrupellosen Kapitalismus.

Das letzte Bad.

In New York sind, wie gemeldet, am Montag hier und da Elektroshockstrafen verhängt worden, was der Spiel der Justiz zu sein scheint. In Wirklichkeit sind die Erschütterungen, die bekannt werden, keineswegs erbärmlicher als die Erschütterungen, die sich beim Hochschießen in Deutschland abspielen. Trotzdem aber gab es nach der Kaiser „Gesetz“ etwas, das eigentlich zu traurig zu stimmen. Als das Gerichtsgericht verlor, ließ man jeden der vier ein Vollbad nehmen, ehe man ihnen die Hände zum Scheitern zufügte.

Zuletzt galt nicht, ob auch der Sicherungsoperateur in Zürich gekommen ist, obwohl er erklärt hatte, daß das Bad zwingend getragen ist. Ein höchstes Risiko interessant wäre es sicher, wenn eigentlich keine sonst sehr begrenzte oder doch ziemlich begrenzte Maßnahmen getroffen würden.

Im Spaziergang steht man die Handflächen zusammen und macht

sich auf, daß der Soldat Weiß auf den General losgefahren, in der Absicht, einen nächsten Einbringer abzuwehren. Beide Soldaten sind sicher darüber nicht im Zweifel gewesen, daß sie einen General durchhauen, und dieser Umstand weist ja gerade darauf hin, daß außerordentliche Dinge vorgegangen sein müssen, bevor die Soldaten sich tödlich an ihrem Vorgesetzten vergriffen. Diese Erwägungen drängen sich jedens auf, der halbwegs mit militärischen Einrichtungen Bekleidet weiß.

Neisse, 18. April. Ein Gasabschneider tritt seit einigen Tagen hier sein Unwesen. Am Karfreitag wurde einem jungen Mädchen, das langerhabend Böpfe trug, bei einem Spaziergang durch die Stadt ein Gasopf direkt abgeschnitten, ohne daß es auf den Täter aufmerksam geworden war. Dienstag wurde wiederum einem Mädchen, das gelegentlich der Kinderkommunion vor der Kirche stand, ein Gasopf abgeschnitten. Das Kind merkte nichts von dem Attentat, bis seine Freundinnen, die bei ihm waren, es darauf aufmerksam machten. Die Person, welche die freche Tat ausführte, muß sich unbemerkt zu den Kindern gesetzt haben. Ob es ein Wuchs oder eine Frauensperson ist, weiß man nicht. Hoffentlich gelingt es der Polizei, die Person zu fassen. Die Mädchen aber mögen auch auf ihre Böpfe.

Schweidnitz, 18. April. Ein trauriger Osterfeiertag reicht an folgenschweren Unfällen und verbrecherischen Handlungen waren der Ausgang der Karwoche und die Osterfeiertage in hiesiger Gegend. Leichenfund wurde aufsäsend zahlreich gemeldet. Unweit Rogau standen Straßenpassanten den Stellenbesitzer Matthäus von dort entsezt in einem Graben an der Straße, in welchem er abends vorher auf dem Heimweg gestürzt und zu Tode gekommen war. In dem nahe bei diesem Orte befindlichen Michelstor hielten zwei ein führerloses Gespann des dortigen Gutsbesitzers Bleger an und sie fanden den Fuhrleiter Menzel als Letzte im Wagen liegen. Auf welche Art Menzel zu Tode kam, ist noch nicht ermittelt. In Maselwitz starzte bei einer Hubleistung der Küttcher Franz Schatz am linken während der Fahrt vom Wagen und zerstörte dabei den Schädel, so daß er nach seiner Überführung in das Krankenhaus verstarb. Außerdem seiner Frau hinterließ er acht kleine Kinder. Ferner wurde in einem Schweidnitzer Krankenhaus in einem Klosett Raum ein Mann entdeckt, aus dem Selbstmord mit seinem Leibkneben ausgeführt. Dieser, der Inwohner Lissot aus Nieder-Wettin, hatte in gefügter Uniformation den Selbstmord mit seinem Leibkneben ausgeführt. Im nahen Liebichau wurde ein Entuntoter aus dem sogenannten Lämmerreich gelandet und als der Arbeiter Karl Scholz aus Sorgau erkannt. Schon verunglückt weiter am Ostermontag in Schweidnitz in der Friedrichstraße ein Einsitzer vom Artillerie-Regiment. Sein Pferd schaute am Bahnhofsgang und jagte in voller Kariere die Straße entlang, bis es vor dem Grundstück des Schlesischen Bankvereins mit voller Wucht stürzte. Der Reiter wurde schwer verletzt und auch das Pferd erlitt Beschädigungen. Zur selben Zeit starzte auf der steilen Abluft der Chaussee von Rottirschdorf nach Würben ein Radfahrer, dessen Rad zusammenbrach. Der Radler wurde mit schweren Kopfverletzungen, im Blute liegend, aufgefunden. Auch ein Wandstreiter trieb im Unwesen und zündete bei Paffendorf eine große Feldscheuer an, die völlig niedergebrannte. Zu blutigen Gezecken kam es in der Nacht zum ersten Feiertag am Wilhelmsspiel in Schweidnitz. Mehrere Nordost überfielen die Straßenpassanten und misshandelten sie. Einem Reitenden wurden, vermutlich mit Schlagringen, schwere Kopfverletzungen beigebracht. Einem Kaufmann wurde ein Finger durchgebissen. Die Polizei fand einen der Attentäter, dessen Mitzuhilfe flüchteten.

Hirschberg, 18. April. Zum Verbisdorfer Mori und Mordversuch. Das Besinden des Gutsbesitzers Ernst Hornig war Mittwoch erfreulicherweise recht gut. — Die Veredigung der erschossenen Vertha Hornig findet am Freitag nachmittag 1 Uhr statt. — Die entsetzliche Tat bildet noch immer das Hauptgespräch in der ganzen hiesigen Gegend. Das Schicksal der schwergeprüften Familie Hornig, die sich großer Beliebtheit erfreut, erregt allgemeines Mitleid.

Namslau, 16. April. Tödlich verunglückt ist beim Ankommen eines Anhängerwagens an ein Lastautomobil ein junger Chauffeur. Der Hauptwagen rückte an und querete den Verkehr, so daß der Tote auf der Straße stand. Der Chauffeur wurde beim Zusammenprall schwer verletzt und auch das Pferd erlitt Beschädigungen.

Bronk (Posen), 16. April. Im Alter von über hundert Jahren gestorben. Der älteste hiesige Einwohner hat in dieser Woche das Heilige gezeigt. Dienstagabend starb im Alter von 100½ Jahren der Stellmachermeister August Blümke.

ein bestimmtes Quantum von Litaneien vor, um sie auf den feierlichen Alt vorzubringen und damit sie von Sünden gereinigt vor Gott erscheinen. Aber wozu das Vollbad? Ganz gewiß schlägt es sich wenig, mit schwitzigen Fingern und Händen von zweifelhafter Sauberkeit zu sterben, doch dazu hat der Mensch tatsächlich ein Recht und die Gotheit würde sich dadurch gewiß nicht beleidigt fühlen.

Man fragt sich, wie der Seelenzustand der Verurteilten gewesen sein mag, als man sie in eine Badewanne tauchte und wahrscheinlich Seife um sie föhlen ließ. Und dann hat man sie wahrscheinlich massiert, gepudert und ihnen die Haare gekäust.

Mehr wozu das alles? werden sie sich gefragt haben. Es wäre garnicht so seltsam, wenn sie gestorben wären, ohne in dieses Geheimnis einzudringen.

Ein fünfjähriger Lebensretter. Unter den in diesem Jahre von der Carnegie-Stiftung prämierten Italienern befindet sich ein fünfjähriger Knabe. Der kleine Kettiplang am 9. Mai 1918 in einem mit Wasser gefüllten Graben, in den sein 17 Monate altes Schwesterchen gefallen war. Er rettete das Kind vom Ertrinken, indem er es über Wasser hielt und so lange um Hilfe rief, bis Arbeiter herbeieilten, die auf einem benachbarten Felde arbeiteten. Das Wasser in dem Graben war allerdings nur 76 Centimeter hoch, sodass der kleine Lebensretter nicht hätte ertrinken können. Da die Tiefe des Grabens aber nach den Regenwassermassen wechselt, konnte der kleine Junge das nicht wissen, als er tapfer seiner Schwester nachsang. Der tapfere Knabe erhielt eine silberne Medaille und 200 Kre. die in einem Sparfassdepot für ihn angelegt werden.

Die Hand abgeschlagen wurde in Graudenz einem Arbeiter von einem Polizeibeamten in der Culmer Vorstadt. Der Beamte wollte in der Nacht zum zweiten Osterfeiertag in der Schloßhofstraße gegen zwei angetrunke Arbeiter, den Steinschläger Neumann vom Wiesenweg und einen Zechgenossen einschreiten, weil beide zuhestörende Worte verübten. Als alle Verantwortungen des Beamten erfolglos blieben und der Beamte die Ruhelose zur Wache dringen wollte, wurde er tödlich angegriffen. Er erhielt zunächst einen Faustschlag ins Gesicht, der durch einen Stockschlag über den Kopf, daß der Helm durchschlagen wurde. Als Neumann noch einmal zum Schlag ausholen wollte, zog der Polizeibeamte das Seitenwaffe und verlegte ihm einen Stoß auf die zum Schlag erhabene Hand. Der Schlag fiel so tief, daß die Hand vom Arm glatt abgeknickt wurde. Der Wache drang in die Wunde, hielt sie dann aber auf der Polizeiwache, um einen Notarzt anfordern zu lassen.